

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Abendblatt 16.)
bei E. H. Meier & Co.
Breitenstraße 14.
in Gnesen bei H. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Fabach.

Posener Zeitung.

Neunundsechzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Baur & Co. —
Hanselmann & Vogler, —
Karlshof.
In Berlin, Dresden, Oestrich
beim „Jahresbuch.“

Nr. 377.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postämter des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 1. Juni
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate zu 25 Pf. die sechsgezeigte Zeile ohne einen
Raum, Resten verhältnismäßig höher, haben die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr
Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 31. Mai. Der König hat der Königin der Belgier den
Ritter-Orden mit der Jahreszahl 1813/14, dem Kreisger. Rath Herbst
zu Duedlinburg den R. A. D. 3. Kl. mit der Schleife und dem Ob-
Reg. Rath Freiherrn von Korff zu Wertheburg den 1. Kl. D. 2. Kl.
verliehen, den kaiserl. russ. Geh. Rath und Akademiker Dr. Otto
Boethling, zur Zeit in Jena, zum auswärtigen Ritter des Ordens
pour le mérite für Wissenschaften und Künste ernannt, den seit-
unbefoldenen Beigeordneten Zunker der Stadt Colberg, in Folge der
von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wieder-
wahl, in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer
bestätigt.

Der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reichs den
Reg.-Sekretär Grafen von Bray zum General-Konsul des Deutschen
Reichs in Belgrad; die Kaufleute Thoj. W. Williams zu Nassau
(New-Providence) und Freudenberg zu Colombo (Ceylon) zu Konsuln
des Deutschen Reichs und den Kaufmann Edw. F. Bird zu Gloucester
zum Vize-Konsul des Deutschen Reichs ernannt.

Vom Landtage.

68. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 31. Mai. Am Ministertische: Minister des Innern
Graf zu Eulenburg, Minister für die landwirtschaftlichen Angelegen-
heiten Dr. Friedenthal und mehrere Kommissarien.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr mit
geschäftlichen Mittheilungen. Von dem Finanzminister und dem Mi-
nister des Innern ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Reisekosten und
Diäten der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten, eingegangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort Abg.
Richter (Sangerhausen), um einige in einem an das Haus von
Seiten des Grafen Stolberg'schen Konfistoriums eingegangenen
Schriftstück enthaltene Irrthümer zu berichtigen, die sich auf die von
ihm am 21. März gehaltene Rede beziehen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Verlesung der Inter-
pellation der Abgeordneten Kantak und Genossen, betreffend die
Auflösung öffentlicher Versammlungen wegen unterlassener Anwen-
dung der deutschen Sprache in denselben.

Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort Abg.
Kantak. Derselbe bezieht sich auf die von ihm vor einigen Wochen
gestellte Interpellation ähnlichen Inhalts, wo die Erklärung des Mi-
nisters des Innern selbst auf den Wänden der Konservativen ein be-
redetes Schweigen gefunden habe. Redner beschwert sich, daß eine
Versammlung aufgelöst sei, welche nur landwirtschaftliche Angelegen-
heiten in polnischer Sprache berathen habe und seit sieben Jahren, so
oft sie zusammentrat, nie darin gestört worden sei. Sie habe in ihren
Statuten ausdrücklich die Bestimmung aufgenommen, daß politische
Gegenstände ihren Berathungen fern bleiben sollten. Diese Auflösung
widerspreche der Verfassung, welche allen Preußen das freie Ver-
sammlungsrecht gewähre.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Da die beiden Fälle,
um die es sich hier handelt, sehr ähnlich, die Verträge selbst, die mir
zugegangen, aber knapp, fast einformig sind, so kann ich selbst mich
sehr kurz fassen. In Lissa sollte eine Versammlung zur Verabreichung
von Wahlangelegenheiten stattfinden; eine Anzahl katholischer Geistli-
chen war vorchriftsmäßig angemeldet; ein Polizeikommissar war an-
gewiesen, der Versammlung beizuwohnen. Kurz vor dem Beginne der-
selben machte letzterer nun den Vorsitzenden darauf aufmerksam, daß
er selbst nicht polnisch rede, er möge daher, da man das Deutsche in
der Versammlung sehr gut verstehe, veranlassen, daß deutsch ge-
sprochen würde oder er möchte ihm einen vereidigten Dolmetscher zu-
weisen. Der Vorsitzende setzte darauf die Versammlung aus und wandte
sich an den Bürgermeister mit der Forderung, er möge einen polnisch
verstehenden Kommissar zur Uebersetzung der Versammlung senden.
Dieser Antrag wurde schriftlich umgehend dahin beantwortet, daß
man außer Stande sei, dem zu entsprechen weil ein der polnischen
Sprache mächtiger Beamter bei der städtischen Verwaltung nicht an-
gestellt sei. Da nun zufällig der Landrath des Kreises gegenwärtig
war, wendete man sich an ihn mit der Bitte, den Polizeikommissar
anzuwiesen, die Versammlung polnisch sprechen zu lassen. Dieser aber
billigte das Verfahren des Kommissars. Nun stellte man ihm die
Bitte, er solle ein hervorragendes Mitglied der Versammlung und
polnischen Prinzen, der sich zum Dolmetscher erbot, als solchen verei-
digen. Auch dies schlug der Landrath ab und bemerkte in verständem Sinne,
lege man so großen Werth auf Abhaltung
der Versammlung, so möge man doch deutsch reden, was allgemein
verstanden werde. Jetzt aber wurde die Sachlage klarer gestellt durch
die entschiedene Antwort: das thun wir nicht, es kommt uns nur
darauf an, unser Recht durchzusetzen. Hierauf wurde polnisch geredet,
dem Rufe des Kommissars aber, auseinander zu gehen, sofort Folge
geleistet. Ich habe nun, meine Herren, im Anschlusse an die Debatte,
die vor einigen Wochen hier stattfand, nur zu erklären, daß von der
bekannten Entscheidung, die auf dem Verwaltungs-Gerichtsweg und
zwar zu Ungunsten der Regierung ausfiel, Berufung an das Ober-
Verwaltungsgericht eingelegt ist. Dessen Entscheidung mögen wir nun
Interpellant wie Regierung abwarten; ich meinerseits aber habe meine
Beamteten zur Vorfrage ernannt und kann nur versichern, daß die
Haltung der Regierung sich nach der Entscheidung des Ober-Verwal-
tungsgerichts richten wird. Möge auch auf der andern Seite eine
maßhaltende, mildere Stellung eingenommen werden; hätte man z. B.
sich bequem, Deutsch zu sprechen, so wäre dieser Konflikt vermieden
worden.

Abg. Kantak beantragt die Beipredung der Interpellation. Die-
ser Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die dritte Verathung des Entwurfs eines Gesetzes, be-
treffend die Veranlagung und Erhebung der direkten Staatssteuern
nach dem Etatsjahre.

Das Gesetz wird ohne Debatte angenommen.

Hierauf folgt die dritte Verathung des Entwurfs eines Gesetzes,
betreffend die Verwaltung der den Gemeinden und öffentlichen An-
stalten gehörigen Holzungen in den Provinzen Preußen, Brandenburg,
Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen. Zunächst werden § 1-8
ohne Debatte angenommen. § 9 (Gewährung von Beihilfe von Seiten
des Staates) bittet Abg. J. L. v. E. abzulehnen. Abg. von
Benda weist auf die Beschlüsse zweiter Lesung hin, wo § 9 mit großer
Majorität angenommen wurde. Hierauf wird § 9 angenommen,
ebenso § 10. Zu § 11 liegt folgender Antrag des Abg. Mühlentbed
vor, welchen derselbe zur Annahme empfiehlt: an Stelle des in der
zweiten Lesung beschlossenen § 11 zu setzen: „Gegen die auf Grund der
§§ 2 bis 7 und § 9 von den Regierungspräsidenten erlassenen Verfüg-
ungen findet innerhalb einer Prüfungsfrist von 21 Tage Beschwerde

an den Oberpräsidenten und gegen den Bescheid des Oberpräsidenten
nach Maßgabe des § 34 Absatz 3 und des § 38 des Gesetzes vom . . .
betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der
Verwaltungsgerichtsbehörden im Geltungsbereiche der Provinzialord-
nung v. 29. Juni 1875 die Klage beim Obergerichtsgericht statt.“

Abg. Paske bittet, bei den Beschlüssen zweiter Lesung zu ver-
bleiben, da der Antrag Mühlentbed den Gang der Beschlüsse ver-
wickelter mache.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Abgeordneten Persius
nimmt das Wort Minister Dr. Friedenthal und empfiehlt den
Antrag Mühlentbed zur Annahme, welcher eine Verbesserung der Be-
schlüsse zweiter Lesung enthalte.

§ 11 wird sodann nach dem Antrag Mühlentbed angenommen, die
übrigen Paragraphen ohne Debatte.

Der folgende Gegenstand ist die dritte Verathung des Entwurfs
eines Gesetzes, betreffend die Defung der für die Weiterführung und
Vollendung der Debra-Friedländer Eisenbahn erforderlichen Geldmittel.
Abg. Dr. v. a m a d e r beantragt Alinea 1 des Einigen Paragra-
phen wie folgt zu fassen:

„Die Regierung wird ermächtigt, zur Deckung der für die Weiter-
führung und Vollendung der Debra-Friedländer Eisenbahn erforder-
lichen Geldmittel die durch das Gesetz vom 14. Juni 1875 (Gesetz-
sammlung S. 250) zur Vollendung der Eisenbahn von Arnsdorf nach
Gassen bewilligten 5,670,000 Mark in Höhe der hierbei erzielten Er-
sparnis ad 1,050,000 Mark zu verwenden, und, soweit dieser Betrag
nicht ausreicht, Schuldverschreibungen in dem Nominalbetrage auszu-
geben, wie er zur Beschaffung einer Summe von höchstens 2,100,000
Mark nöthig sein wird.“

In der General-Diskussion nimmt Niemand das Wort.

In der Spezial-Diskussion begründet zunächst Abg. S a m-
m a d e r seinen Antrag. Nachdem auch der Abg. v. B e n d a für
den Antrag eingetreten ist, wird derselbe angenommen.

Es folgt als 5. Gegenstand der Tagesordnung die dritte Vera-
thung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Auflösung des
Lebensverbandes der in dem Herzogthum Schlesien, der Grafschaft
Glatz und dem preussischen Markgrafenenthum Oberlausitz belegen
Lehne. Dasselbe wird ohne Debatte angenommen.

Der folgende Gegenstand ist ein Verzeichnis der von den be-
treffenden Kommissionen zur Erörterung im Plenum nicht für geeignet
erachteten Petitionen.

Das Haus nimmt dasselbe ohne Debatte zur Kenntniß.

Es folgt die dritte Verathung des Entwurfs einer Städteordnung
für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und
Sachsen.

In der General-Diskussion nimmt das Wort
Abg. Graf Bethusy-Huc: Ich habe gegen die Beschlüsse
dieses Hauses so erhebliche Bedenken, daß mit mir ein Theil meiner
politischen Freunde sich entschlossen hat, gegen das ganze Gesetz zu
stimmen; da es nicht darauf ankommt, ein Gesetz überhaupt zu Stan-
de zu bringen, sondern darauf, daß es für das Land auch dauernd von
Gegen ist. Ich verspreche Ihnen, nicht in der Spezial-Diskussion An-
träge zu stellen und das Wort zu ergreifen, da ein großer Theil der
Amendments, die ich mit dem Abgeordneten Bismard (Platon) gestellt
habe, abgelehnt sind. Einen einzigen möchte ich noch berücksichtigen.
Er betrifft den § 26. Die Bestimmung, welche Sie angenommen
haben, daß 1/2 der gesammten Wählerchaft in der ersten Klasse ver-
treten sein muß, ist die Negation des Dreiklassenwahlrechts. Das-
selbe ist durch die Verurtheilung, die es seitens des Fürsten Bismard
auf politischem Gebiet erfahren hat, in Mißcredit gekommen, den ich
nicht theilen möchte. Ich weise darauf hin, daß alle Bedenken die
Fürst Bismard dagegen geltend gemacht hat, nur für das politische,
nicht aber für das kommunale Gebiet gelten. Die Zufälligkeit, welche
dadurch entsteht, daß das Land nicht im Ganzen in drei Theile ge-
theilt werden kann, sondern daß diese Einteilung örtlich gegeben
muß, fällt auf kommunale Gebiete weg. Der große sittliche Ein-
wand, daß das Gewicht des Staatsbürgers sich nicht lediglich nach
dem Verhältniß seiner Steuern ermaßen läßt, fällt auf kommunalem
Gebiete gleichfalls weg. Wir haben mit der Kreisordnung den Grund-
satz aufgestellt, daß auf diesem Gebiet eine Interessenvertretung nöthig
sei und diese geschieht am besten bei diesem Systeme. Es giebt eine
Menge Orte, in denen ein einzelner Steuerzahler mehr als
die Hälfte des ganzen kommunalen Haushalts aus seiner Tasche
trägt. Damit ist die ganze Korrektur zum Humbug geworden. Soll-
ten diese Amendments, die hier vorliegen, angenommen werden, so
würde ich dem allgemeinen Wahlrecht mit einem Jenseits den Vorrang
geben. Ich will bei den Polizeiverhältnissen wegen der jetzigen Ge-
schäftslage nicht verweilen. Ich möchte aber nicht schließen, ohne eines
allgemeinen Punktes gedacht zu haben, in dem ich die Hauptsache sehen
würde, wenn dieses Gesetz nicht zu Stande kommen würde. Dies ist
die parlamentarische Ueberlastung, welche uns seitens der Regierung
seit einigen Jahren zugemuthet wird. Ich bin mir wohl bewußt, daß
ein rascheres Tempo für jetzt in Anwendung gebracht werden mußte,
als gewöhnlich. Aber auch das hat seine Grenze. Eine wesentliche
Mithand trifft dieses Haus selbst, welches jede Gelegenheit hat vor-
über gehen lassen, die Vorlagen möglichst bald von der Regierung zu
erhalten. Ich habe mich schon bei früheren Gelegenheiten dahin aus-
gesprochen, daß der Parlamentarismus, welcher im Reichstag und im
Abgeordnetenhaus die Kräfte des Einzelnen so lange in Anspruch
nimmt, die Wählbarkeit in erheblicher Weise erschweren würde. Es
würde bei dieser Verlängerung der Session der Kern dieser und an-
derer Parlamente im Wesentlichen aus Staatsbeamten und Berlinern
gebildet werden. Die ländlichen Grundbesitzer, kleinere wie größere,
sind nicht im Stande, einen so großen Theil ihrer Zeit mit Gewissen-
haftigkeit den Arbeiten des Hauses zu widmen. Einzelne von Ihnen,
meine Herren, besitzen allerdings eine so unglückliche Arbeitskraft,
daß es ihnen bis heute möglich war, mit ungeschwächten Kräften die
Arbeiten des Hauses zu fördern. Ein großer Theil ehrenwerther Mit-
glieder hat diese Arbeitskraft nicht und kann sie nicht haben. Greifen
Sie in Ihre Brust und fragen Sie, wie viel Apathie und Gleichgül-
tigkeit sich in ihren Seelen eingeschlichen hat. Ich spreche nicht von
den körperlichen Nachtheilen, obgleich Sie es wohl meiner Stimme
anhören (Große Heiterkeit). Ja, meine Herren, die Luft in diesem
Saale ist so wenig gesund, daß körperliche Nachtheile nicht ausbleiben
können. Ich sehe in diesem Uebelstand ein wesentliches Hinderniß auch
für die Verathung dieses Gesetzes. Wenn wir heute in kurzer Sitzung
— wenigstens hoffe ich, daß die Spezial-Diskussion uns nicht lange hin-
halten werde — die Städteordnung durchberathen, dann frage ich Sie,
ob nicht von außen dem Hause der Vorwurf der Frivolität gemacht
werden könne? (Widerspruch. Ruf: zur Ordnung.)

Präsident v. Bennigsen glaubt, daß diese letzte Aeußerung
nicht streng parlamentarisch sei.

Abg. Graf v. Bethusy-Huc: Herr Präsident! Mich würde
ein Ordnungsruf wohl schwerer treffen als irgend ein anderes Mit-
glied unseres Hauses und ich bemühe mich deshalb stets, alle Aus-
drücke, die irgendwie verlegend wirken könnten, zu vermeiden. Aber
ich glaube, daß ich hier keine Veranlassung dazu gegeben habe. Ich
habe nicht gesagt, daß der Vorwurf gerechtfertigt sei. Ich habe mich
darauf beschränkt zu sagen, daß ein solcher schwerer Schein auf diesem
Hause nicht lasten dürfe. Ich schließe mit dem Wunsch und der
Bitte an die Regierung, das Haus nicht in dieser Weise mit Vorla-
gen zu überhäufen, wie es bisher geschehen ist. (Lebhafter Beifall
rechts, Zischen links.)

Minister des Innern Graf Eulenburg: Der soeben an die
Regierung ergangenen Bitte kann ich nur erwidern, daß auch wir
nicht gerade durch unser Verhalten eine Ueberlastung des Hauses
provokirt zu haben glauben, indem wir keineswegs Ihnen diese Ar-
beiten unterbreiten aus der bloßen Lust, den Häusern so viel Arbeit
als möglich aufzubürden, sondern nur aus dem Bewußtsein der
Nothwendigkeit, daß endlich gewissen Bedürfnissen Abhilfe geschafft
und mehrere Verhältnisse gesetzlich geregelt würden. (Sehr gut!)

Von diesem Standpunkte aus mußten wir Ihre wie unsere eigene
Kraft auf das Aeußerste anspannen; ich kann aber versichern, daß die
Regierung über das breit bemessene Maß der Nothwendigkeit weder
hinausgegangen ist, noch hinausgehen beabsichtigt. — In Bezug auf
diese Verathung der Städteordnung halte ich es für zweckmäßig,
wenn die Regierung von vornherein die einzelnen Punkte hervorhebt,
die nothwendigerweise eine Aenderung erfahren müssen, wenn eine
Vereinbarung mit dem Herrenhause und der Regierung zu Stande
kommen soll; es sind dies die §§ 15, 25, 26, 51, 86 (Verleihung des
Bürgerrechts, Bestätigung der Bürgermeister u.). Außerdem betone
ich die Bedenken, welche ich gegen die Bestimmungen der Polizei-
verwaltung in der letzten Sitzung vorgebracht habe. Diese Bedenken
theilt die Staatsregierung auch jetzt noch; ich höre jedoch, daß bereits
ein Antrag eingebracht ist, durch den man den Anschauungen der Re-
gierung entgegenkommt. Eine bindende Erklärung Namens der
Staatsregierung kann ich nun zwar nicht abgeben, doch den Eindruck
habe ich, daß von der Hoffnung auf Einigung zwischen den Faktoren
abgesehen werden muß, wenn dieser Antrag nicht zur Annahme ge-
langt. Auf diesem Wege vorzugehen kann ich Ihnen nur rathe, damit
der Erfüllung eines von so vielen Seiten getheilten Wunsches
vor sich gehe, auf daß nicht ein Werk, das so viel Zeit und Arbeit im
Anspruch genommen, das so viel Bewegung im Volke hervorgerufen
hat, auf unbestimmte Zeit verschoben werde. Opfern Sie doch lieber
einige kleinere Punkte, ehe Sie diese Zeit der Unruhe und Aufregung
noch verlängern. (Bravo.)

Abg. Dr. Paske: Dem Abg. Grafen Bethusy-Huc müßte er
erwidern, daß er seine heutige Stimmung zwar begreife, aber glaube,
daß sie die Bedürfnisse des Landes nicht ganz berücksichtige. Man
habe einen Zustand gut zu machen, in dem die Gesetzgebung fast still
stand, und es sei nicht zu verwundern, daß auf dem Gebiete der
Gesetzgebung jetzt, wo einmal ein neues Leben in dasselbe hineinge-
kommen sei, dies um so frischer erblühe. Der Graf Bethusy-Huc
habe selbst die Nothwendigkeit der neuen Gesetze hervorgehoben und
sollte deshalb nicht über die Häufung der Arbeiten, die sie mit sich
bringen, klagen. Was die Städteordnung selbst anlangt, so sei er
erfreut, daß der Minister des Innern die Punkte, welche einer Abän-
derung bedürfen, hervorgehoben habe. Er glaube zunächst, daß die
Forensten und juristischen Personen nur aus Mißverständniß von
Stadtverordnetenwahlen ausgeschlossen worden sind. Was die Polizei-
behörden anlangt, so sei nach seiner Ansicht die Differenz zwischen der
Vorlage und den Kommissionsbeschlüssen nicht groß, im Prinzip
stimmen beide überein. Endlich in Bezug auf die Bestätigung der
Bürgermeister sei es ihm sehr fraglich, ob in das Gesetz eine Bestim-
mung aufgenommen werden konnte, wie sie aufgenommen worden ist:
es sei ihm dies fraglich in Rücksicht auf frühere Beschlüsse des Abge-
ordnetenhauses bei Gelegenheit der Verabreichung der Kreisordnung.
Damals sei ein Antrag des Abgeordneten Wagner, gleichen Inhalts
mit dem § 51 der Städteordnung, als gänzlich unannehmbar bezeich-
net worden. Ob in Städten von mehr als 10,000 Einwohnern das
Recht der Bestätigung des Bürgermeisters dem König oder dem Mi-
nister des Innern beilegt wird, sei ihm in konstitutioneller Be-
ziehung gleichgültig. Denn alle Erlasse des Königs bedürfen der Ge-
geneinkung des Ministers. Wenn die Regierung auf diesen Punkt
so viel Werth lege, so stehe er nicht an, ihn nach dem Wunsche der
Regierung anzunehmen.

Hierauf wird die General-Diskussion geschlossen.

Abg. Graf Bethusy-Huc berichtet in persönlicher Bemerkung
einige irrthümliche Aeußerungen des Abg. Paske.

Nach einer Erwiderung des Abgeordneten Paske geht das Haus
zur Spezial-Diskussion über.

Abg. Aegidi und Genossen beantragt, die Abstimmung über § 1
bis zum Schluß der Verathung auszusetzen.

Abg. Zelle erklärt sich gegen diesen Antrag. Derselbe wird
sodann angenommen.

§ 2-14 werden ohne Debatte angenommen.

§ 15 lautet nach der Regierungs-Vorlage:
„Das Bürgerrecht (§ 18) steht jedem männlichen Gemeindeange-
hörigen zu, der gleichzeitig a. dem deutschen Reiche angehört, b. die
bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, c. das vierundzwanzigste Lebensjahr
zurückgelegt und seit einem Jahre, ohne öffentliche Armenunterstützung
zu beziehen, in der Stadtgemeinde seinen Wohnsitz hat, und d. ein
Wohnhaus im Stadtbezirke als Eigenthümer oder Nießbraucher besitzt
oder zur klassifizierten Einkommensteuer oder zur Klassensteuer mit dem
Stufenfusse von mindestens sechs Mark veranlagt ist“,
nach den Beschlüssen zweiter Lesung:

„Das Bürgerrecht (§ 19) steht jedem männlichen Gemeindeange-
hörigen zu, der gleichzeitig a. dem deutschen Reiche angehört, b. die
bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, c. das vierundzwanzigste Lebensjahr
zurückgelegt und seit einem Jahre in der Stadtgemeinde seinen
Wohnsitz hat, und d. zur klassifizierten Einkommensteuer oder zur
Klassensteuer veranlagt ist, vorbehaltlich jedoch der Bestimmungen
des § 44.“

Dazu liegen folgende Anträge vor:
1) des Abg. Aegidi und Genossen: In § 15, d. die Regierungs-
vorlage wieder herzustellen.

2) des Abg. Lauenstein und Genossen: In § 15, c. statt der
Worte „seit einem Jahre“ zu setzen: „seit zwei Jahren“; im letzten
Satz des § 15, statt „einklassigen“ zu setzen: „zweiklassigen“.

3) des Abg. Graf Bethusy-Huc: in § 15c. statt „einem
Jahre“ zu setzen: „zwei Jahren“.

4) des Abg. Ostendorf: § 15 Absatz 1 sub c. so zu fassen:
„das vierundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt, seit einem Jahre in
der Stadtgemeinde seinen Wohnsitz hat und zu den Gemeindefin-
den beiträgt, wenn solche überhaupt in derselben bestehen.“

Abg. Lauenstein befürwortet den von ihm gestellten Antrag.
Abg. Jung den Antrag Ostendorf.

Abg. Miquel glaubt, daß die Bestimmungen des § 15 nur
provisorische sein können, da derselbe nur auf ein Kommunalsteuer-

drucke, die irgendwie verlegend wirken könnten, zu vermeiden. Aber
ich glaube, daß ich hier keine Veranlassung dazu gegeben habe. Ich
habe nicht gesagt, daß der Vorwurf gerechtfertigt sei. Ich habe mich
darauf beschränkt zu sagen, daß ein solcher schwerer Schein auf diesem
Hause nicht lasten dürfe. Ich schließe mit dem Wunsch und der
Bitte an die Regierung, das Haus nicht in dieser Weise mit Vorla-
gen zu überhäufen, wie es bisher geschehen ist. (Lebhafter Beifall
rechts, Zischen links.)

Minister des Innern Graf Eulenburg: Der soeben an die
Regierung ergangenen Bitte kann ich nur erwidern, daß auch wir
nicht gerade durch unser Verhalten eine Ueberlastung des Hauses
provokirt zu haben glauben, indem wir keineswegs Ihnen diese Ar-
beiten unterbreiten aus der bloßen Lust, den Häusern so viel Arbeit
als möglich aufzubürden, sondern nur aus dem Bewußtsein der
Nothwendigkeit, daß endlich gewissen Bedürfnissen Abhilfe geschafft
und mehrere Verhältnisse gesetzlich geregelt würden. (Sehr gut!)

Von diesem Standpunkte aus mußten wir Ihre wie unsere eigene
Kraft auf das Aeußerste anspannen; ich kann aber versichern, daß die
Regierung über das breit bemessene Maß der Nothwendigkeit weder
hinausgegangen ist, noch hinausgehen beabsichtigt. — In Bezug auf
diese Verathung der Städteordnung halte ich es für zweckmäßig,
wenn die Regierung von vornherein die einzelnen Punkte hervorhebt,
die nothwendigerweise eine Aenderung erfahren müssen, wenn eine
Vereinbarung mit dem Herrenhause und der Regierung zu Stande
kommen soll; es sind dies die §§ 15, 25, 26, 51, 86 (Verleihung des
Bürgerrechts, Bestätigung der Bürgermeister u.). Außerdem betone
ich die Bedenken, welche ich gegen die Bestimmungen der Polizei-
verwaltung in der letzten Sitzung vorgebracht habe. Diese Bedenken
theilt die Staatsregierung auch jetzt noch; ich höre jedoch, daß bereits
ein Antrag eingebracht ist, durch den man den Anschauungen der Re-
gierung entgegenkommt. Eine bindende Erklärung Namens der
Staatsregierung kann ich nun zwar nicht abgeben, doch den Eindruck
habe ich, daß von der Hoffnung auf Einigung zwischen den Faktoren
abgesehen werden muß, wenn dieser Antrag nicht zur Annahme ge-
langt. Auf diesem Wege vorzugehen kann ich Ihnen nur rathe, damit
der Erfüllung eines von so vielen Seiten getheilten Wunsches
vor sich gehe, auf daß nicht ein Werk, das so viel Zeit und Arbeit im
Anspruch genommen, das so viel Bewegung im Volke hervorgerufen
hat, auf unbestimmte Zeit verschoben werde. Opfern Sie doch lieber
einige kleinere Punkte, ehe Sie diese Zeit der Unruhe und Aufregung
noch verlängern. (Bravo.)

Abg. Dr. Paske: Dem Abg. Grafen Bethusy-Huc müßte er
erwidern, daß er seine heutige Stimmung zwar begreife, aber glaube,
daß sie die Bedürfnisse des Landes nicht ganz berücksichtige. Man
habe einen Zustand gut zu machen, in dem die Gesetzgebung fast still
stand, und es sei nicht zu verwundern, daß auf dem Gebiete der
Gesetzgebung jetzt, wo einmal ein neues Leben in dasselbe hineinge-
kommen sei, dies um so frischer erblühe. Der Graf Bethusy-Huc
habe selbst die Nothwendigkeit der neuen Gesetze hervorgehoben und
sollte deshalb nicht über die Häufung der Arbeiten, die sie mit sich
bringen, klagen. Was die Städteordnung selbst anlangt, so sei er
erfreut, daß der Minister des Innern die Punkte, welche einer Abän-
derung bedürfen, hervorgehoben habe. Er glaube zunächst, daß die
Forensten und juristischen Personen nur aus Mißverständniß von
Stadtverordnetenwahlen ausgeschlossen worden sind. Was die Polizei-
behörden anlangt, so sei nach seiner Ansicht die Differenz zwischen der
Vorlage und den Kommissionsbeschlüssen nicht groß, im Prinzip
stimmen beide überein. Endlich in Bezug auf die Bestätigung der
Bürgermeister sei es ihm sehr fraglich, ob in das Gesetz eine Bestim-
mung aufgenommen werden konnte, wie sie aufgenommen worden ist:
es sei ihm dies fraglich in Rücksicht auf frühere Beschlüsse des Abge-
ordnetenhauses bei Gelegenheit der Verabreichung der Kreisordnung.
Damals sei ein Antrag des Abgeordneten Wagner, gleichen Inhalts
mit dem § 51 der Städteordnung, als gänzlich unannehmbar bezeich-
net worden. Ob in Städten von mehr als 10,000 Einwohnern das
Recht der Bestätigung des Bürgermeisters dem König oder dem Mi-
nister des Innern beilegt wird, sei ihm in konstitutioneller Be-
ziehung gleichgültig. Denn alle Erlasse des Königs bedürfen der Ge-
geneinkung des Ministers. Wenn die Regierung auf diesen Punkt
so viel Werth lege, so stehe er nicht an, ihn nach dem Wunsche der
Regierung anzunehmen.

Hierauf wird die General-Diskussion geschlossen.

Abg. Graf Bethusy-Huc berichtet in persönlicher Bemerkung
einige irrthümliche Aeußerungen des Abg. Paske.

Nach einer Erwiderung des Abgeordneten Paske geht das Haus
zur Spezial-Diskussion über.

Abg. Aegidi und Genossen beantragt, die Abstimmung über § 1
bis zum Schluß der Verathung auszusetzen.

Abg. Zelle erklärt sich gegen diesen Antrag. Derselbe wird
sodann angenommen.

§ 2-14 werden ohne Debatte angenommen.

§ 15 lautet nach der Regierungs-Vorlage:
„Das Bürgerrecht (§ 18) steht jedem männlichen Gemeindeange-
hörigen zu, der gleichzeitig a. dem deutschen Reiche angehört, b. die
bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, c. das vierundzwanzigste Lebensjahr
zurückgelegt und seit einem Jahre, ohne öffentliche Armenunterstützung
zu beziehen, in der Stadtgemeinde seinen Wohnsitz hat, und d. ein
Wohnhaus im Stadtbezirke als Eigenthümer oder Nießbraucher besitzt
oder zur klassifizierten Einkommensteuer oder zur Klassensteuer mit dem
Stufenfusse von mindestens sechs Mark veranlagt ist“,
nach den Beschlüssen zweiter Lesung:

„Das Bürgerrecht (§ 19) steht jedem männlichen Gemeindeange-
hörigen zu, der gleichzeitig a. dem deutschen Reiche angehört, b. die
bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, c. das vierundzwanzigste Lebensjahr
zurückgelegt und seit einem Jahre in der Stadtgemeinde seinen
Wohnsitz hat, und d. zur klassifizierten Einkommensteuer oder zur
Klassensteuer veranlagt ist, vorbehaltlich jedoch der Bestimmungen
des § 44.“

Dazu liegen folgende Anträge vor:
1) des Abg. Aegidi und Genossen: In § 15, d. die Regierungs-
vorlage wieder herzustellen.

2) des Abg. Lauenstein und Genossen: In § 15, c. statt der
Worte „seit einem Jahre“ zu setzen: „seit zwei Jahren“; im letzten
Satz des § 15, statt „einklassigen“ zu setzen: „zweiklassigen“.

3) des Abg. Graf Bethusy-Huc: in § 15c. statt „einem
Jahre“ zu setzen: „zwei Jahren“.

4) des Abg. Ostendorf: § 15 Absatz 1 sub c. so zu fassen:
„das vierundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt, seit einem Jahre in
der Stadtgemeinde seinen Wohnsitz hat und zu den Gemeindefin-
den beiträgt, wenn solche überhaupt in derselben bestehen.“

Abg. Lauenstein befürwortet den von ihm gestellten Antrag.
Abg. Jung den Antrag Ostendorf.

Abg. Miquel glaubt, daß die Bestimmungen des § 15 nur
provisorische sein können, da derselbe nur auf ein Kommunalsteuer-

geleitet, welches noch nicht vorhanden ist, gegründet werden kann. Die Korrektur des Dreiklassenwahlsystems durch die Bestimmung, daß die erste Klasse mindestens ein Zwölftel, die zweite mindestens zwei Zwölftel der Wahlberechtigten umfassen muß, kann Redner nicht billigen; derselbe empfiehlt den Antrag Lauenstein zur Annahme.

Reg.-Komm. Geh. Ober-Reg.-Rath Wohlers weist auf Grund noch schleunigst gesammelten statistischen Materials die Unhaltbarkeit der durch die Beschlüsse 2. Lesung erfolgten Wahlbestimmungen nach; blieben sie in Geltung, so würden sie die bestehenden Verhältnisse in fast lächerlicher Weise umgestalten; in Barmen besteht ein Census von 4 Thlr. Die erste Wählerklasse reichte bisher bis auf 30 Thlr. der Einkommensteuer, die zweite bis zu 5 Thlr. Nach dem neuen System der 2. Lesung reicht die erste Klasse bis zu 8 Thlr., die zweite Klasse sinkt auf die Klassensteuerebene von 1 Thlr., die dritte würde in die bisherige Mittelklasse hinaufsteigen. Ähnliche Verhältnisse ergeben sich in Elberfeld, Aachen, Bochum u. a., überall rückt die bisherige dritte Klasse sofort zur zweiten Klasse auf.

Abg. Dr. Löwe: Der Gesamteindruck der Mittheilungen ist für mich der, daß die Korrektur des Dreiklassenwahlsystems angenommen werden muß. Nachdem man einmal dieses System gebilligt habe, müsse man bei dem Beschluß zweiter Lesung stehen bleiben. Hätte man das allgemeine Wahlrecht angenommen, so wäre er gern zu bedeutenden Modifikationen desselben bereit gewesen.

Abg. Windthorst (Meppen) bittet nichts von dem aufzugeben, was man in zweiter Lesung erreicht hat, ist für den Antrag Lauenstein, wenn das letzte Alinea des § 15 gestrichen wird, anderenfalls für die Beschlüsse zweiter Lesung.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen, es folgt eine persönliche Bemerkung des Abg. Miquel und des Abg. Vasker. Graf Bethusy-Huc zieht seinen Antrag zu Gunsten des Antrags Lauenstein zurück. § 15 wird mit dem Antrag Lauenstein angenommen, die übrigen Anträge werden abgelehnt.

§§ 16–22 werden ohne Debatte angenommen. Zu § 23 beantragt Abg. Lauenstein: Den Eingang des § 23 so zu fassen: „Die Zahl der Stadtverordneten beträgt, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Bestimmungen, in Stadtgemeinden u. a.“

Ferner beantragt Abg. Kreh, im § 23, Absatz 2, welche lautet: „In Stadtgemeinden von mehr als 100,000 Einwohnern treten für jede auch nur angefangene Vollzahl von 50,000 Einwohnern sechs Stadtverordnete hinzu, für jede, die Einwohnerzahl von 150,000 übersteigende fernere Vollzahl von 50,000 Einwohnern treten 6 Stadtverordnete hinzu, bis die Zahl der Stadtverordneten 90 erreicht hat“ die gesperrt gedruckten Worte zu streichen.

Abg. Miquel: Wir mußten in der Kommission das Ortsstatut ablehnen, weil die Magistratsmitglieder gesetzlich fixirt waren. Jetzt fällt dieser entscheidende Grund weg und so möge denn auch der Antrag Lauenstein empfohlen sein.

Hierauf wird der Antrag Lauenstein angenommen, desgl. Antrag Kreh.

Zu § 24 (Personen, die nicht Stadtverordnete sein können) liegt der Antrag des Abg. Aegidi und Gen. vor, Nr. 4 dahin zu fassen: „Geistliche und Kirchendiener“ und der Antrag des Abg. Kiesel und Gen., die Nr. 4 zu streichen. Nach den Beschlüssen zweiter Lesung lautet Nr. 4: Geistliche, Kirchendiener und öffentliche Clementarlehrer, sofern dieselben als solche von Gemeindefällen befreit sind.

Abgeordneter Rüdke bittet, die Lehrer aus dem Gesetze wegzulassen.

Die Anträge Aegidi und Kiesel werden abgelehnt, Nr. 4 nach den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen.

Hierauf kamen mehrere Anträge zur Abstimmung, welche sämtlich darauf hinauslaufen, im Wesentlichen den § 25 der Regierungsvorlage wiederherzustellen. (Recht der Forenfen und juristischen Personen zur Theilnahme an den Stadtverordnetenwahlen.) Abg. Cremer beantragt, das Recht auch auf Frauen mit selbstständigen Geschäften auszudehnen.

Abg. Dr. Hamacher weist noch auf den Verhältnissen Essen nach, daß den Forenfen wenigstens dies beschränkte Recht zustehen werden möge, aus den einfachen Gründen der Billigkeit nicht weniger als aus den wirtschaftlichen Verhältnissen der Zusammengehörigkeit; für ein unbefränktes Recht würde auch Redner nicht eintreten, doch die Regierungsvorlage verdiene unbedingt Annahme.

Reg.-Komm. Wohlers empfiehlt ebenfalls Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Virchow: Das im § 14 konstituirte Gemeindebürgerrecht werde zu Gunsten hoher Steuerleistungen einzelner Deutscher durch diese Bestimmung wieder aufgehoben. Man darf die kommunale Angehörigkeit nicht allein von der Steuerzahlung abhängig machen. Käme man ferner die juristischen Personen zu, so würde sich der Kreis mit denselben Rechte sehr erweitern lassen. Die verschiedenen Statuten fixirten bekanntlich besondere juristische Personen, dann käme nach Annahme dieser Bestimmung der Fiskus durch seinen Postfiskus, Militär-fiskus u. a. in der Lage, die Wahl der Stadtverordneten zu beeinflussen.

Regierungs-Kommisionar Wohlers befreit die Rechtsgiltigkeit der Virchow'schen Auffassung, daß der Fiskus sich mehrmals vertreten lassen könne; der Fiskus sei nur eine juristische Person. Hierauf werden die Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage abgelehnt, die juristischen Personen, Kommanditgesellschaften, Frauen mit eigenem Geschäftsbetriebe bleiben also von der Berechtigung zu Gemeindefällen ausgeschlossen.

§ 26 lautet nach den Beschlüssen der zweiten Lesung: Zum Zwecke der Wahl der Stadtverordneten werden die Gemeindefürer nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer in drei Klassen getheilt, vorbehaltlich jedoch der Bestimmungen des § 44.

Die erste beziehungsweise die zweite Klasse besteht aus denjenigen Gemeindefürern, auf welche bis zum Betrage eines Drittels beziehungsweise zweier Drittel der Gesamtsteuer die höchsten Einzelbeträge fallen. Die hiernach nicht in die erste, beziehungsweise zweite Klasse fallenden Gemeindefürer bilden die dritte Klasse. In die erste, beziehungsweise zweite Klasse gehört auch derjenige, dessen Steuerbetrag nur theilweise in das erste, beziehungsweise zweite Drittel der Gesamtsteuer fällt. Unter mehreren einen gleichen Steuerbetrag Entrichtenden entscheidet die alphabetische Namensordnung und erforderlichen Falls das Loos darüber, wer von ihnen zu der höheren Klasse zu rechnen ist. Die erste Klasse muß mindestens ein Zwölftel, die zweite mindestens zwei Zwölftel der Wahlberechtigten umfassen.

Die nach § 44 Wahlberechtigten werden von ihrem im Stadtbezirk gewonnenen Einkommen besonders eingeschätzt und derjenigen, erforderlichen Falles durch das Loos zu bestimmenden Klasse zugewiesen, welcher der hiernach ermittelte Steuerbetrag entspricht. Das gedachte Einkommen, beziehungsweise die von demselben zu entrichtende Klassen- und Einkommensteuer bleibt in der Wohnortsgemeinde außer Berechnung.

Niemand kann gleichzeitig mehr als einer Klasse angehören. Die Ehrenbürger gehören der ersten Klasse an.

Jede Klasse wählt ein Drittel der Stadtverordneten, ohne dabei an die Mitglieder der Klasse gebunden zu sein.

Hierauf beantragen: 1) Die Abg. Graf Bethusy-Huc und v. Bismarck (Altona) die gesperrt gedruckten Worte zu streichen, 2) Die Abg. Aegidi und Genossen beantragen gleichfalls Streichung der Worte und statt derselben zu setzen: „Sowohl die erste als die zweite Klasse soll mindestens die fünfte Zahl der von ihr überhaupt zu wählenden Stadtverordneten umfassen. Wenn bei der Enttheilung derselben nach der Besteuerung eine geringere Zahl auf die erste, beziehungsweise zweite Klasse fällt, so ist dieselbe durch Hinzunahme der nach ihren Steuerbeträgen nächst folgenden bis auf obiges Verhältniß zu erhöhen. Erforderlichen Falles entscheidet zwischen zwei oder mehreren Gleichbestimmten das Loos.“

3) Der Abg. Ostendorf beantragt gleichfalls den § 26 eine andere Fassung zu geben, der formulirt vorliegt.

4) Der Abg. Kreh hat einen eventuellen Antrag gestellt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Aegidi mit 134 gegen 156 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag Ostendorf, dagegen der Antrag v. Bethusy-Huc angenommen. Schließlich wird § 26 im Ganzen mit der beschlossenen Aenderung angenommen.

§ 27 wird mit einer redaktionellen Aenderung angenommen, § 28 unverändert, bei § 29 fragt Abg. Cremer an, ob in dem Worte: „der Eintheilungsplan der Wahlbezirke wird berichtigt“ das Wort „berichtigt“ dasselbe bedeutet, als „neu aufgestellt“.

Abg. Miquel erklärt, daß nach den Verhandlungen der Kommission dies allerdings der Fall ist. Dieser Interpretation tritt schließlich, als der Abgeordnete Windthorst um eine Erklärung vom Ministerium ersucht, der Regierungskommissionar Geh. Rath Wohlers bei, wenn dieselbe auch nicht auf alle einzelnen Fälle ausgedehnt werden könne, § 29 wird bewilligt, ebenso die §§ 30–43.

§ 44 lautet: Der § 26 und die sonstigen, auf die Klasseneintheilung der Wahlberechtigten bezüglichen Vorschriften der §§ 27, 28, 31, 33 dieses Gesetzes bleiben in denjenigen Stadtgemeinden außer Anwendung, in denen zur Zeit eine Eintheilung der Wahlberechtigten nach Klassen oder Berufsständen nicht stattfindet. In solchen Stadtgemeinden kann der im § 15 unter 4 bestimmte Klassensteuereinsatz durch Ortsstatut bis auf 12 Mark erhöht werden.

Abg. Kreh beantragt: In § 44: a) vor der Ziffer 27 einzuschalten 25a; b) den zweiten Satz dahin zu fassen: In solchen Stadtgemeinden behält es bezüglich des für den Erwerb des Bürgerrechts erforderlichen Einkommens bei den zur Zeit geltenden Vorschriften sein Bewenden. Durch Ortsstatut kann an Stelle dieser Vorschrift ein Klassensteuereinsatz bis zum Betrage von zwölf Mark festgesetzt werden.

Abg. Graf v. Bethusy-Huc hat ebenfalls zu diesem Paragraphen einen Antrag gestellt, zieht denselben aber zu Gunsten des obigen Antrags zurück.

Abg. Dr. Virchow kommt auf die frankfurter Verhältnisse zu sprechen, welche durch die Aenderung des Wahlgesetzes allein nicht verbessert werden könnten.

Der § 44 wird mit dem Antrag Kreh angenommen, § 45 unverändert, bei welchem Paragraphen ein Antrag des Abg. Kreh abgelehnt wird. Das letzte Alinea zu streichen, § 46 ebenso unverändert.

Zu § 47 beantragt Abg. Lauenstein: Hinter dem ersten Satze des ersten Alinea des § 47 hinzuzufügen: „Auf Grund eines Gemeindebeschlusses kann die Wahl eines Bürgermeisters oder eines sonstigen Magistratsmitgliedes auch auf Lebenszeit erfolgen.“

Dieser Antrag wird abgelehnt, § 47 unverändert angenommen. (Schluß folgt.)

Parlamentarische Nachrichten.

* Im Herrenhause wird nach einer neuen Version die Städteordnungs-Kommission schon am 8. Juni zusammentreten. In derselben hat Graf Jsenplis den Vorsitz niedergelegt; derselbe ist nunmehr dem Oberbürgermeister von Berlin, Sobrecht, übertragen. Das Referat hat der Oberbürgermeister von Magdeburg, Haselbach, übernommen. Trog alledem erscheint sowohl das Zustandekommen der Städteordnung, wie das des Kompetenzgesetzes fraglich.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 31. Mai.

— Heute (31. Mai) Mittag um 1 Uhr fand die Schlusssitzung des Bundesraths statt. Die Sitzung war außerordentlich zahlreich besucht, mehrere auswärtige Bevollmächtigte waren zu derselben besonders nach Berlin gekommen, auch der neue Präsident des Reichskanzleramts Hofmann wohnte der Sitzung bei. Präsident Delbrück theilte den Anwesenden mit, daß der Kaiser sein Entlassungsgesuch genehmigt habe und richtete alsdann, wie die „Post“ vernimmt, eine längere bewegte Ansprache an die Versammlung, in welcher er auf die großen Begebenheiten der letzten zehn Jahre hinwies und für das ihm von Seiten des Bundesraths bewiesene Vertrauen dankte. Der bairische Bevollmächtigte Freiherr Pergler von Perglas antwortete im Namen des Bundesraths und sprach in seiner Rede die Hoffnung aus, daß Herr Delbrück nicht für immer sich in das Privatleben zurückgezogen haben werde. Schließlich richtete auch der neue Präsident des Reichskanzleramts Minister Hofmann eine Ansprache an die Versammlung.

— Eine Aufforderung der kaiserlichen Admiralität, Briefsendungen für das Mittelmeergeschwader vom 13. Juni auf Weiteres ab nach Konstantinopel zu dirigiren, bestätigt, daß für die Fahrt des Geschwaders nach den türkischen Gewässern beinahe 4 Wochen in Aussicht genommen sind. Auch dürfte der Befehlsmachung zu entnehmen sein, daß das Geschwader sich direkt zur Verfügung des Votschafters stellen und nicht, wie angenommen war, zunächst nach Saloniki sich begeben wird. Wahrscheinlich hält man die dort konzentrierte Flottenmacht zur Aufrechterhaltung der Ordnung für genügend. Zum Anlaufen im Mittelmeere sind für das Geschwader die Häfen Gibraltar und Malta bestimmt.

— Da wir die Prorogationschrift des Grafen Arnim mitgetheilt haben, so halten wir uns für verpflichtet, auch den nachstehenden „offenen Brief an den Grafen Harry v. Arnim, ehemaligen Votschafter des deutschen Reiches, z. B. in Florenz“ abzuheften, welcher sich im nichtredaktionellen Theil der „N. Z.“ findet:

Sie haben, Herr Graf, in Ihrem durch die „Post. Ztg.“ Nr. 110 vom 12. Mai veröffentlichten Prorogationsgesuche meines Namens in einer Weise erwähnt, die mich zu folgender Erklärung dringend auffordert. Wenn ich als ein dem deutschen Reich nicht Angehöriger mich entschlossen habe, in einer die Person des Reichskanzlers Fürsten Bismarck betreffenden Angelegenheit freiwillig Zeugnis abzulegen, so leitete mich dabei zu allererst der Wunsch, der jeden Mann von Ehre und sittlichem Bewußtsein — welcher Nationalität er auch angehört — erfüllen muß: eine hinter keine Anonymität und schnelle Intrigue sich versteckende Persönlichkeit, nämlich den Autor der Broschüre „Pro Nihilo“ aus helle Tageslicht ziehen zu helfen. Ich bin in der That so glücklich gewesen, die Namen von Persönlichkeiten zu ermitteln, die sich mit dieser Angelegenheit im September vorigen Jahres befaßt haben, und wenn Sie es vor ganz Deutschland, ja, wie die Dinge jetzt liegen, vor ganz Europa für unerheblich erklären, daß der Herr Graf v. Waldbott-Bassenheim niemals mit dem jüdischen Verlagsmagazin in Korrespondenz gestanden, so würde ich Ihnen beipflichten können, wenn nicht diese Korrespondenz eben darin bestanden hätte, daß dem Herrn Grafen von Waldbott-Bassenheim die Korrekturbogen der Broschüre „Pro Nihilo“ vom Verlagsmagazin regelmäßig zugesandt wurden. Wenn der Herr Graf in Nr. 115 der „Post. Ztg.“ erklärt, er habe nie mit dem „Hause Schabitz“ in Korrespondenz gestanden, so erwidere ich mir, daß ich das niemals behauptet habe, da nach meinem Dafürhalten „in Korrespondenz stehen“ und „Korrekturbogen zugesandt erhalten“ durchaus nicht dasselbe ist. — Für wen er die Korrekturbogen in Empfang genommen, das dürften Sie, Herr Graf v. Arnim, der Sie zu jener Zeit in Luzern und nicht, wie Sie der Welt glauben machen wollten, in Beyer gelebt haben, bestimmt wissen als ich, der ich es mit der ganzen gebildeten Welt bis jetzt anständigerweise nur vermute zu dürfen. Da indessen die Welt doch neugierig sein dürfte, wie Sie dazu kommen, mich so ohne Weiteres des Meineides zu bezichtigen, so bin ich es mir selbst, meinen Familienangehörigen, meinen Landesleuten und überhaupt allen Gebildeten schuldig, hier öffentlich zu erklären, daß

ich das Manuscript zur Broschüre „Pro Nihilo“ längere Zeit täglich vor Augen und in Händen hatte, und daß ich die Züge desselben für identisch erklärt habe mit den mir vorgelegten Schriftzügen des ehemaligen Votschafters des deutschen Reiches in Paris, des wirklichen Geheimraths Dr. jur. Grafen Harry Karl Ludwig von Arnim. Jedermann weiß, was vor preussischen Gerichtshöfen der Zeugeneid zu bedeuten hat. Als ich denselben ablegte, war ich mir vollkommen der ersten Bedeutung und hohen Wichtigkeit des Aktes bewußt. Ich habe nur meine innerste, subjektive Ueberzeugung mit dem Eide bekräftigt und erhärtet, und wiederhole diese Aussage hier noch einmal vor der Öffentlichkeit: „Ich halte die Schriftzüge des Manuscripts zur Broschüre „Pro Nihilo“ für identisch mit denen des ehemaligen deutschen Votschafters zu Paris, des Grafen Harry v. Arnim.“

Was nun die Persönlichkeit betrifft, die dem Buchhändler Schabitz — meinem ehemaligen Prinzipal — den ersten Theil des Manuscripts übergab, so ist dieselbe meinem Gedächtnisse noch ganz deutlich eingepreßt; es würde mich freuen, wenn Graf Schabitz-Vollheim beweisen könnte, daß er der Vermittler nicht sei. In letzterem Falle müßte es aber dem Grafen Bassenheim ein Leichtes sein, die Person des betreffenden Agenten den Gerichten zu nennen, da doch kaum anzunehmen ist, daß der Graf die Korrektur für einen ganz willföhrlichen Menschen sollte besorgt haben. Da Sie selbst, Herr Graf, damals in Luzern sich aufhielten, wohin die Druckbogen der Broschüre zum Korrigiren geschickt wurden, so dürfte es auch Ihnen bei etwas gutem Willen wohl nicht allzu schwer werden, das betreffende Individuum namhaft zu machen. Bis dahin muß ich schon bei dem bleiben, was ich vor Gericht ausgesagt habe; übrigens werde ich nicht verfehlen, wegen der gegen mich geschleuderten Bezeichnung des Meineids Schutz und Hülfe der preussischen Gerichte in Anspruch zu nehmen.

Ich vertraue zu sehr auf die Gerechtigkeit der Sache, welcher ich freiwillig meine Dienste gewidmet, und darf wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß sich die unabhängige Presse Deutschlands durch den Abdruck dieses offenen Briefes an Sie, Herr Graf, meiner durch Sie so glücklich verletzte Ehre annehmen werde.

Berlin W. (Wilhelmstr. 43B),
den 9. Mai 1876.

Ernst Mattia e.

— Dem Vernehmen nach wird bei der für die Rheinprovinz bestehenden Bildung evangelischer Kreisschulinspektionen die evangelische Geistlichkeit möglichst wenig berücksichtigt werden. Ueberhaupt werden die evangelischen Geistlichen, soweit es eben angeht, mit der Schulinspektion fortan nicht mehr befaßt werden, weil dieselben meist nicht pädagogisch gebildet sind und vom Schulwesen nur eine oberflächliche Kenntniß besitzen, welche sie entweder auf der Universität aus einigen pädagogischen Vorlesungen geschöpft, oder während eines kurzen hospitirenden Besuchs eines Seminars sich angeeignet haben. Um die gehörige Einsicht in die Bedürfnisse der Schule, in die Methode des Unterrichts und in die richtige Anordnung und Vertheilung des Unterrichtsstoffes, wie überhaupt in das was man von einem Lehrer fordern kann, und was nicht, zu erlangen, dazu bedarf es eigentlich einer mehrjährigen Thätigkeit als Schulmann.

— Nach einem Schreiben des eislebener Komites für das Luther-Deutmal ist ein Beitrag von 3000 Mark von dem Kaiser bewilligt worden. Die jetzt zu etwa dreiviertel vorhandenen Mittel werden die Ausführung des Denkmals ermöglichen, und haben die 3 zur Konkurrenz aufgeführten Künstler, Bildhauer F. Schaper, Professor Schilling und Professor Siemering die Fertigstellung der Modelle bis zum 10. November d. J. zugefagt.

— Der Landrath des teltow'schen Kreises, Prinz Handjery, ist für die Dauer des bevorstehenden Herbst-Manövers des Garde-Corps, durch welches sowohl der teltow'sche wie der niederbarnim'sche und beeskow-storow'sche Kreis berührt wird, in den Generalkstab des Kaisers kommandirt worden, um die Direktion des gesamten Zivilpolizeidienstes zu übernehmen. Bisher wurde dieser Dienst stets bei den Manövern von dem Landrathe ausgeübt, dessen Kreis an den Truppenbewegungen berührt wurde. Die sämtlichen zu dem Polizeidienst während des Manövers herangezogenen Gensdarmen werden somit während der ganzen Dauer desselben unter eine einheitliche Leitung gestellt werden.

— Die Minister für Finanzen und Kultus haben beschlossen, die Abgangszeugnisse der Studirenden von der Universität, gleichviel ob dieselben zum Zwecke der Immatrikulation auf einer andern Hochschule oder behufs Zulassung zu einer Prüfung ertheilt werden, von der Stempel-Abgabe zu befreien. Ebenso sind auch die durch Reichsland-Beamte ausgestellten Beglaubigungen der Servirzeugnisse der Apothekergesellen in Zukunft stempelfrei zu ertheilen.

— Der Widerstand gegen einen Forst- oder Jagdbeamten in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes wird nach § 117 des Strafgesetzbuchs mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. In Beziehung auf diese Bestimmung hat das Obertribunal in einem Erkenntniß vom 28. April d. J. ausgesprochen, daß nur der Widerstand gegen einen Forst- oder Jagdbeamten, welchen der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte zum Schutze des Waldes oder Jagd-Reviers besonders angeordnet hat, unter die erwähnte Strafbestimmung fällt, daß dagegen der Widerstand gegen einen Polizeibeamten, welchem der Auftrag ertheilt wird, bei Wahrnehmung seiner allgemeinen Amtspflichten auch auf Jagdkontrabandien zu achten, nach § 113 des Reichs-Strafgesetzbuchs zu beurtheilen und demgemäß mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu fünf-hundert Thalern zu bestrafen ist.

Trier 30. Mai. Heute ist hier (wie schon telegraphisch gemeldet) der Bischof Dr. Matthias Eberhard an einem Schlaganfall gestorben. Derselbe folgte im Jahre 1867 dem Bischof Bellmann, früheren Feldprophet der preussischen Armee, der schon kurze Zeit nach seiner Ernennung zum Bischof von Trier starb. Somit ist die sechste preussische Diöcese — und voraussichtlich wie die übrigen fünf auf längere Zeit — verwaist. Bald ist durch den Tod des Bischofs Ritt seit Jahren erledigt und die Prälaten von Posen, Breslau, Paderborn und Münster sind abgesetzt.

Türkei. Die „Pol. Kor.“ bringt aus Konstantinopel unterm 23. Mai folgende Erinnerungen an die vergangene Herrschaft:

Noch niemals hat die Türkei so viele Minister gehabt, wie seit der letzten Großbezierats-Katastrophe. Nicht weniger als drei Minister ohne Portefeuille verstärken seit dieser Woche den großen Hofrath. Midhad Pascha, Namik Pascha und Dervisch Pascha sind in das Kabinett berufen worden, lauter Größen, welche schon ein oder mehrere Mal früher den Sultan beraten haben. Die beste Acquisition ist jedenfalls die Midhad Pascha's, welcher mit Hussein Avni die Dinge aufzumischen verstehen dürfte. Namik und Dervisch sind erst kürzlich mit dem Kaufpasse vom Sultan beehrt worden und weiß man wirklich nicht, was ihre Wiederberufung bedeuten soll. Namik ist ein schwacher, stumpfsinniger Greis, während Dervisch nichts als ein rastloser Intrigant ist. Wenn das eine kleine Weile noch fortgeht, dann werden wir auch noch Mahmud Pascha als Minister ohne Portefeuille wieder fungiren sehen. Der einzige, Raschid Pascha, steht noch fest wie ein Felsen inmitten der schäumenden Bogen. Das die letzte große Krise nicht auch ihm das Portefeuille gekostet hat, verdankt er der zur Geltung gelangten Erwägung, daß kein anderer der türkischen Diplomaten mit den Details der gegenwärtigen Sachlage so innig vertraut ist, wie er.

Seitdem, fügt die „N. A. Ztg.“ hinzu, hat die Zahl der „Minister“ sich noch vermehrt. Sollten alle diese Rathgeber des Sultans Abdul-Aziz sich dahin geeinigt haben, daß seine Absetzung die vielleicht einzige Rettung für das Osmanenthum und dessen Herrschaft in Europa ist? Und wie wunderbar schnell der Umschwung sich vollzogen, erbellt nicht zum wenigsten aus der Thatsache, daß der „Bassiret“ noch vor

einigen Tagen ankündigte, die Ulema bereiten eine Adresse an den Sultan vor, welche demselben durch den Scheich-ul-Islam übergeben werden soll und worin sie den Beherrscher aller Gläubigen nicht nur um Entschuldigung für die kirchlich gethanenen Schritte bitten, sondern ihm sogar „für die Fortschritte danken, welche das Reich seit der Thronbesteigung Sr. Majestät gemacht hat.“ Der „Stambul“ fügte sogar hinzu, daß diese Adresse bereits 30,000 Unterschriften erhalten habe!

Das bekannte panslavistische Organ, die prager Politik, veröffentlicht die „Ordre de bataille“ der bosnischen Insurrektion; nach derselben beständen nicht weniger als 21 Insurgentenlager und würde die Anzahl der Aufständischen sich auf 30,000 Mann belaufen. Das Hauptcorps ist jenes, das Golub Babitsch zwischen Bihac und Glamoc befehligt und das angeblich 8000—10,000 Mann zählt; eine Abtheilung, die von dem Franciskaner Franje befehligt wird, bedroht Travnik; Peter Karageorgiewitsch operirt zwischen der Unna und Desterreichisch-Kroatien. Die türkischen Truppen sollen etwa 20,000 Mann betragen. Der montenegrinische Kriegsminister Blamenac hatte die Mission, in Wien dahin zu wirken, daß Desterreich die vor mehreren Monaten mit Beschlag belegten, angeblich für Montenegro bestimmt gewesen 16,000 Infanteriegewehre wieder freigebe. Unser wiener Korrespondent erzählt, daß die Mühe des Herrn Blamenac eine verlorene war; denn Desterreich hat die Herausgabe der an der Grenze konfiszierten Waffen verweigert.

Sokales und Provinzielles.

Bosen 1. Juni.

Die berliner Post ist uns heute nur unvollständig zugegangen. Weder Korrespondenzen noch Depeschen von dort liegen uns bis zur Stunde vor. Unter diesen Umständen sind wir genöthigt, über die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses einen Zeitungsbericht und auch diesen nur, soweit er eben vorhanden ist, zu geben.

Dem hiesigen praktischen Arzt Dr. P. Secki ist durch Patent vom 8. Mai d. J. der Charakter als Sanitätsrath verliehen worden. Derselbe hat den Feldzug von 1866 mitgemacht und erhielt damals für seine Thätigkeit im Felde ein Anerkennungsschreiben Sr. M. der Königin. Im Feldzuge von 1870/71 erwarb er sich das eiserne Kreuz für Nichtkombattanten.

Herr v. Zafrenski, der ehemalige verantwortliche Redakteur des „Kurier Boznanski“, ist in dem gegen ihn angehängten Prozeß wegen Abdruck mehrerer Briefe des Kardinals Ledochowski, in denen sich derselbe als „Erzbischof von Bosen und Gnesen“ bezeichnete, von der Anklage freigesprochen worden, demselben in der Ausübung der bischöflichen Rechte unterstützt und das Volk aufgereizt zu haben, dagegen wurde er einer Uebertretung des Preßgesetzes für schuldig befunden und zu 150 M. Geldbuße verurtheilt.

Die Handelskammer hält heute eine Sitzung ab, in welcher gerichtliche Requisitionen zur Erlebigung gelangen und in Betreff des Jahresberichts pro 1875, der Eisenbahnfrachtsätze für Spirituosen im Verbandverkehr, der Konferenzen mit den Eisenbahndirektionen, wie über Anträge wegen Errichtung von Gebindevermessungsanstalten Verhandlungen stattfinden werden.

Staats- und Volkswirtschaft.

Gründerprozeß. In der Untersuchungs-Sache gegen die Gründer von „Nordend“, und „Berliner Vereinsbank“ hat die Staatsanwaltschaft, wie bereits berichtet, die Appellation angemeldet. Wie der „B. V. C.“ erzählt, bezog sich die Einlegung des Rechtsmittels nur auf die Angeklagten Dr. Mattner, Rentier Dreßler und Banquier Lilienhain, da die Staatsanwaltschaft gegen Banquier Vetter und Banquier Matthias selber das Nichtschuldig beantragt hatte. Jetzt ist seitens des Staatsanwalts die Appellation auch gegen den Angeklagten Lilienhain zurückgezogen, also nur noch gegen Dr. Mattner und Rentier Dreßler aufrecht erhalten worden.

Der Verwaltungsbericht der Mansfeld'schen Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft zu Eisenleben für das Jahr 1875 enthält unter „öffentlichen Abgaben“ auch sogenannte „geistliche 50te Gelder“ für 1875 179,397 M. Die Grafen von Mansfeld hatten nach Einführung der Reformation in ihren Länden auf Veranlassung Luther's durch Vertrag vom 16. Februar 1546 die Salarirung der Geistlichen und Schulkollegen der Stadt Eisenleben übernommen. Da gewisse hierzu ausgelegte Renten schwer aufzutreiben waren, so wurden Geistliche und Lehrer 1552 mit ihren Einkünften an die Erträge der mansfelder Bergwerke gewiesen. Trotz heftigen, von Zeit zu Zeit durch die Gewerke erhobenen Widerstands haben sich dieselben bis auf den heutigen Tag erhalten und wurden, da die Gewerkschaft inzwischen einen Prozeß in dieser Angelegenheit angestrengt und deshalb die Auszahlung bis zur Entscheidung des kompetenten Richters einstellen zu können glaubte, durch die königl. Regierung im administrativen Gangswege beigegeben.

Antwerpener Koopse von 1874. Verloofung vom 15. Mai 1876. Auszahlung vom 15. Juni 1876 ab.

Nr. 580703 a 50,000 Fr.	Nr. 631805 a 5000 Fr.	Nr. 557775 a 1000 Fr.	Nr. 339736 392339 a 500 Fr.	Nr. 35817 40561 45922 48236 59766 198285 214666 281662 313130 355179 392301 406748 448056 467135 575582 605235 669982 671105 681627 712522 a 150 Fr.
Nr. 323 2540 5468 6860 9990 10402 11230 15178 19118 21470 23159 24008 534 856 25467 28391 35583 40407 43342 48787 54616 55903 56741 62076 66462 67204 75531 81542 735 84821 85489 994 88246 91286 95822 96255 99574 101874 107222 103249 105121 106290 107514 739 846 108289 113295 114628 117483 118312 119579 120865 122846 124044 649 125566 747 127379 451 128625 131962 139029 178 757 140309 143914 144913 145366 146543 149845 148178 153086 102 154380 156697 159826 161221 162987 164671 165090 221 167269 170704 172380 916 173673 178112 179603 182310 183502 507 184552 185596 188995 192137 210 193112 194038 195135 196901 198875 201106 204084 206267 652 687 210452 211529 212230 695 220716 223985 225975 22996 994 231732 234542 235036 240299 243122 244089 552 557 586 249238 250553 251658 254458 256607 260771 261141 364 449 457 868 264650 267156 269543 270508 716 273688 279259 662 280833 283512 567 284393 524 723 285205 289844 294895 295414 298158 303926 34733 306885 308992 309541 315119 318944 322718 323708 325683 329071 329796 331188 193 332572 928 333985 334566 600 336673 338930 339869 340466 341235 342056 343529 344240 970 345286 347338 348945 350561 351158 451 352655 800 354594 356704 357550 359122 981 361030 362243 363952 364759 365042 186 366048 367211 368953 369122 371319 372007 373664 370 376968 377681 380035 548 381716 383854 386203 560 387374 3 9144 39699 855 392077 395527 398351 399607 993 400697 402453 404093 311 406181 408875 414776 420713 421102 424868 425016 428616 911 429339 431561 433895 436661 845 437485 438154 439387 440266 442635 443283 44574 448822 450256 451707 452064 753 453946 457980 460743 461887 462049 59 878 463594 466994 470939 474286 477072 495 481717 483747 7 488461 601 489364 451 677 491379 493475 9 9 494978 497136 498946 501076 518 502874 504620 505865 867 507129 508023 509131 512236 952 516495 722 518990 521894 524475 546 528883 529882 580 533366 534757 535785 537287 616 924 538199 667 539154 54 389 542813 544703 545403 548967 549013 551641 553317 555211				

556405 557 558159 563392 570082 571734 573954 576452 579176 830 581065 586599 587078 190 588903 597763 59180 599578 600501 604263 605341 608419 610667 611867 611883 621016 93 624565 625027 625 626096 229 974 628451 629759 955 632039 634617 639811 640177 642469 644035 645100 649153 311 596 650033 653951 662928 663177 664167 427 666145 671980 676803 677235 679617 777 680871 682190 686 688338 689274 282 690475 692238 394 974 700019 703530 806 704247 707635 712231 714300 716880 717841 719727 a 100 Fr.
--

Mitglied sind:
(Die mit einem Sternchen versehenen Nummern sind mit Prämien gezogen.)

Nr. 1131 147* 2709 4251 262 537 5572 827* 6543 7047 69 9995 10251 304 11649 14378 836 15133 364 375 380 388 452 987 17335 19506 644 20433 514 21944 22104 263 26693 27130 29145 31296 34396 34824 852 943 35276 36393 623* 37710 39323 371 41160 42166 243 44101 361 45438 48366* 49132 520* 2 53092 54071 612 55502 56547 570 57076 225 944* 59953 60683 61731 63312 63930 590 68561 69268 492 726 73244 74922 75624 76855 83796 966 89539 834 875 9 016 92255 96224 97731 99660 100778 822 103602 774 105262 06601 107296 4*3 834 109173 609 115761 117865 118103 424 119151 794 121836 122202 872 123483 607 124308 651 126571 129234 914 961 130252 133152 868 134511 135026 138703 142013 143265 144691 45924 069 146596 148283 150953 151886 764 154212 965 155088 193 350 720 157955 159998 1*0190 500 680 161333* 577 751 165542 167076 168739 977 170179 170212 173547 175857 176133 389 177706 17*016 179020 849 180314 181003 182198 564 183362 648 181144 368 185555 189564 190148 191326 192231 219 194646 197277 198775 961 199957 200412 946 202391 204958 205568 660 207618 109870 210923 211813 213584 974 214889 215422 217474 218601 220314* 222724 223048 226325 765 811 228411 229022 304 233328 235224 236914 245312 248875 249723 250343 812 251218 253421 254880 257821 256236 484* 504 257050 411 258349 957 260191 261548 701* 262390 444 263260 611* 264983 265591 267433 270005 272390* 273419 525 277167 187 278581 761 905 279243 979 280790* 281376 729 282946 283743 283227 287181 203 358 289061 292271 294514 295093 296739* 298155 300579 301503 302101 303453 304897 305350 306034 602 772 307128 308376 311123 358 370 313233 312 941 315394 317920 324795 325759 326276 327077 343 328915 333214 278 335108 336067 987 337965 339520 809 859 341033 473 570 687 342192 831 346088 631 353696 354934 356885 357198 361399 362092 754 363307 371 809 365425 726 770 366542 367635 914 366770 982 369850 948 371520 371256 281 388 894 372646 374161 611 858 375451 376704 378213 477 546 384160 388254 549 389030 390362 391904 392089 393091 697 394197 843 395477 397670 936 399634 400153 814 402 920 404 632 741 406403 902 407814 898 410525* 411238 613 412636 413462 492 415175 397 419034 581 766 42178 425 425692 427322 429323 431715 808 432646 433978 434406 435174 426 436429 438721 440255 983 442080 448111 450126 451182 195 452624 453009 974 455500 456139 274 458083 500 459180* 460202 573 461095* 204 462304 464284 562 465620 9*2 466654 467493 470865 471303 375 387 472037 473707 474338* 680 757 833 476094 478749 479304 480 34 437 550 559 765 484231 564 486333 489342 353 386 419 490502 492078 843 494042 651 495682 496029 498175 499109 824 50645 507571 51829* 510944 511482 517522 519056 237 315 518 684 779* 52 339 762 526590 529383* 778 536751 879 538121 539571 543092 274 544162 877 549641 550313 552438 553170 378 50 558155 289 403 560937 562230 453 586 564429 897 565392 566745 575713 582001 581652* 585010 599511 542 600703 601049 140 366 602723 613639 905* 614083 66 608545 999 616180 619661 621337 477 862 622790 623055 625500 631474 717 636200 639093 657 701 799 643087 648762 649368 651081 787 652094 666403 925 667800 721 670777 678935 680442* 443 681219 325 682266 684746 687031 921 689463 794 871 691529 692100 309 698343 700853 702838 703436 704675 784 892* 709863 712650 881 912 713316 714692 923 718040 721878 72160 626 724121 184 383 758 791 795.

Das auf Grund des zwischen der rumänischen Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft und der österreichischen Staatsbahn abgeschlossenen Betriebsvertrages freitriebs-Komitee mit dem Sitz in Wien hat sich, wie unterm 31. v. M. von dort geschrieben wird, bereits definitiv konstituiert, und zwar gehören demselben die Herren Bresson, Engerth und Kopp von der Staatsbahn und Geh. Rath Reinhard von der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft an.

Vermischtes.

Theater-Direktor und Chefredakteur in einer Person. Herr v. Dobrzanski, Chefredakteur der in Lemberg erscheinenden „Gazeta Narodowa“ (National-Zeitung) eines sehr angesehenen polnischen Blattes, ist zu gleicher Zeit auch Direktor des lemberger polnischen Theaters. In welcher Weise die Theaterregeneration der „Gazeta Narodowa“ ausfallen, läßt sich aus diesem Faktum leicht ermessen. Herr Dobrzanski benützt sein Blatt um selbst für die elendesten französischen Sensationsstücke Reklame zu machen.

Köln, 27. Mai. Gestern Abend zwischen 10 und 11 Uhr explodirte ein Dampfessel des hinter Mülheim a. Rh. gelegenen rheinischen Walzwerkes, als man gerade vollen Dampf hatte und die Maschinen in Betrieb setzen wollte. Zwei Leute blieben auf der Stelle todt, drei wurden schwer verwundet und einige andere erlitten leichtere Verletzungen. Die Gewalt des Dampfdruckes war so groß, daß mehr als die Hälfte des explodirenden Kessels etwa hundert Schritt weit über den Bahnkörper hinüberflog. Ein weiterer von den 14 stehenden Dampfesseln des Werkes wurde zusammengepresst und zur Seite geschleudert; von den 14 Bundeöfen sind vier vollständig zerstört. Ein in der Nähe stehender Kohlenstopp wurde buchstäblich in einer unkenntlichen Masse zermalmt. Auch von den übrigen Gebäulichkeiten und Defen des Werkes haben eine ganze Anzahl größere oder geringere Beschädigungen erlitten, so daß das Werk für geraume Zeit außer Betrieb bleiben dürfte. Als der gepresste Dampf mit dumpfem Knalle gewaltig sich Bahn brach und den Boden rings umher erzittern machte, waren etwa 50 Arbeiter auf dem Werke thätig. Dem einen der Getödteten, einem Knaben, wurde durch ein wegfliegendes Stück Eisen der Kopf zerschmettert; der zweite ist Familienvater und hinterläßt drei Kinder. Ein Arbeiter erlitt einen Arm- und Beinbruch, ein weiterer wurde am Kopf, ein dritter am Kniech verlegt. Zwei derselben wurden sofort ins Hospital aufgenommen. Der dicht neben dem Werke vorbeiführende Bahnkörper war für einige Zeit unpassierbar, und es hätte nicht viel gefehlt, so wäre ein ganz kurz nach der Explosion dort vorbeiführender Zug entgleist.

Aus Augsburg kommt die Nachricht, daß Herr Georg Adolf Cotta von Cottendorf, fgl. württembergischer Kammerherr, Doktor beider Rechte u. s. w., am Sonnabend Abend auf seinem Gute Hüpfelhof bei Heilbronn nach längerem Leiden gestorben ist. Als ältestem Sohn des Herrn Georg v. Cotta waren ihm nach dessen im Jahre 1863 erfolgten Tode die umfangreichen Majoratsgüter der Cotta'schen Familie zugefallen, während sein jüngerer Bruder, Herr Karl v. Cotta, die geschäftliche Leitung des ihm und seinen vier Schwestern vereinigten Antheils an den weitverzweigten Instituten der J. G. Cotta'schen Buchhandlung übernahm. Herr Georg v. Cotta, eine namentlich in landwirthschaftlichen Kreisen viel bekannte und hoch geachtete Persönlichkeit, hinterläßt eine Wittve und vier unerwachsene Kinder.

Bingen, 26. Mai. Heute Nacht wurde der an der Chaussee gelegene, mit schweren Eisenketten und Schloßern verwahrte Weinkeller der Burg Rheinstein erbrochen und eines Theils seines werthvollen Inhalts an hochfeinen Weinen in Flaschen beraubt. Allen Anzeichen nach hat man es hier mit einer ganzen Diebesbande zu thun, und in der That gelang es den energischen Bemühungen des Kastellans Hermann und seiner Leute wie der Polizei, im Laufe des Vormittags vier Kerle dingfest zu machen, deren Neugier schon verrieth, daß man sich in ihnen nicht vergriffen hatte. Der treffliche, von den Dieben offenbar reichlich genossene Pfaffenbäuer hatte seine Wirkung nicht verfehlt, und dieser dürfte es in erster Linie zu danken sein, daß die verwegenen Gesellen nicht schon über alle Berge verschwunden waren.

Vermächtniß. Wie aus Sagan gemeldet wird, hat die Herzogin von Acerenza, welche am 11. v. M. im Alter von fast 93 Jahren zur ewigen Ruhe eingegangen ist, der evangelischen Gnadenkirche zu Sagan, deren Protektorin sie gewesen ist, die Summe von 30,000 M. letztwillig zugewandt.

Bielefeld, 26. Mai. Großes Aufsehen erregte die hieselbst vor einigen Tagen erfolgte Verhaftung eines Kandidaten der Theologie aus Gütersloh. Für seine Freilassung aus der Untersuchungs-haft ist nach dem „Wächter“ von der betreffenden Familie eine Kaution von 100,000 Mark angeboten worden. Die Kaution wurde abgelehnt. Der Verhaftete wird dem Schwurgerichte in dessen nächster Sitzung vorgeführt werden.

Angsburg. [Ein neues Stadt-Theater.] Von den hiesigen städtischen Behörden wurde der Bau eines neuen Stadt-Theaters beschlossen, und sind hierzu 950,000 Mark als Maximal-Kostenaufwand ausgesetzt worden.

Das Germanische Museum in Nürnberg findet fortwährend erfreuliche Anerkennung. So hat neuerdings unser Kaiser sich bereit erklärt, für die Jahre 1876—1878 einen Jahresbeitrag von 1500 M. für die Zwecke des Museums im Allgemeinen und von 600 M. für die Hohenollern-Stiftung zu leisten. Eben so ist zu berichten, daß die Subskriptionsliste, welche der Ober-Zeremonienmeister Graf Stillefried in Berlin in Umlauf gesetzt hat, um dem Museum die Mittel zur Erwerbung einer Sammlung außerordentlich seltener Kupferstiche zu verschaffen, schon sehr namhafte Beträge aufweist.

Der polnische Dichter Adam Gorczyński, auch unter dem Pseudonym „Adam z Batora“ bekannt, ist dem „Gazet“ zufolge am 22. d. M. auf seinem Landgute in Galizien gestorben. Der Verstorbene war besonders als Bühnendichter und erzählender Schriftsteller thätig, auch hat er Schiller's Balladen ins Polnische übertragen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Bosen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Strasburg, 31. Mai. Die „Straßb. Z.“ erklärt die Nachricht, wonach der Oberpräsident Möller seine Entlassung nachgesucht, für aus der Luft gegriffen.

Wien, 31. Mai. Ueber die Entthronung des Sultans wird der „Pol. Korresp.“ aus Konstantinopel gemeldet, daß sich dieselbe weder durch Volkserhebung hervorgerufen, noch als Palastrevolution charakterisire, vielmehr habe man es gewissermaßen mit einer Minister-Revolution zu thun. Der Sultan befand sich mit den Ministern in Konflikt wegen des Verlangens, den erschöpften Kriegskassen Geld aus dem Privatfiskus vorzustrecken. Der Scheich-ul-Islam Feirula Effendi kündigte im Verfolg des Konfliktes dem Sultan in Anwesenheit sämtlicher Minister an, daß das Volk mit seiner Regierung unzufrieden und er demnach entthront sei. Unmittelbar hierauf wurde der Sultan und die Sultanan Valide gewaltfam nach dem Palaste Topkhana gebracht, wo er sich lebend in schwerem Gewahrsam befindet.

(Wiederholt.)

Rom, 31. Mai. In der Deputirtenkammer theilte Melegari auf Anfrage Rasponis kurze Informationen über die konstantinopeler Ereignisse mit und fügte hinzu, daß die vorliegenden Nachrichten noch unvollständig seien, er könne den Charakter der Bewegung und der Ereignisse, welche sie bestimmten, noch nicht konstatiren. Er könne in-deß erklären, daß die Bevölkerung das Ereigniß mit Befriedigung aufnahm und keine Gegenströmung sich bemerkbar machte, keine Unruhen stattfanden. Melegari schloß mit der Versicherung, daß die Regierung den Befehl erteilt habe, die italienischen Unterthanen und Interessen gegen jede Gefahr zu schützen.

Strombericht.

(Aus dem Sekretariat der Handelskammer.)

Schmerin a. d. Warthe.

26. Mai: 17 Flöße, Flößmeister Grochowski mit Rundsölz und Schwellen von Kolo nach Glienken a/D.; Rahn 3093, Wilhelm Schleffe; Rahn 14583, Ferdinand Vendin; Rahn 15146, August Wegner, sämtlich mit Breunholz von Zirke nach Berlin.

27. Mai: 45 Flöße, Nikolai Jowiakowski mit Rundsölz, Tannen und Schwellen von Sieradz nach Glienken a/D.; 4 Flöße, Martin Schiemi mit Eichen und Tannen von Posen nach Stettin; Rahn 231, Ernst Opig mit Steinkohlen von Stettin nach Zirke; Rahn 2691, Friedrich Venide; Rahn 2242, Gustav Jänich, beide mit Pulver von Spandau nach Posen; Zille 14118, Adolph Schulz; Zille 33, Karl Grambo, beide mit Kalksteinen von Niedersdorf nach Dornik.

28. Mai: Rahn 14450, Wilhelm Reichert; Rahn 2513, Julius Herzfurth, beide mit verschiedenen Gütern von Stettin nach Posen; Zille 14603, Wilhelm Sumke; Zille 14445, Julius Schneider, beide mit Bretter von Stobniga nach Berlin.

Dornik.

23. Mai: Rahn 2737, Michael Teschner mit Kaufmannsgütern von Magdeburg nach Posen; Rahn 291, Gottlieb Machule mit Kaufmannsgütern von Stettin nach Posen; Rahn 7254, Friedrich Peters mit Eisenvitriol von Stettin nach Posen; Rahn 214, Karl Schulz mit Kaufmannsgütern von Magdeburg nach Posen.

24. Mai: 49 Flöße, Nikolai Jusmarkowski mit verschiedenen Stammhölzern von Sieradz nach Glienken und Stettin.

25. Mai: Zille 14799, August Heine; Zille 15124, August Erdmann, beide mit Kalksteinen von Niedersdorf nach Dornik; 17 Flöße, Bernhard Grochowski mit Rundsölz von Kolo nach Glienken.

26. Mai: 34 Flöße, Gottlieb Jansch mit Stammhölzern von Sieradz nach Glienken; Zille 10788, Gustav Ernst, leer; Rahn 12573, Karl Schiller mit Kohlen von Stettin nach Posen; 6 Flöße, Stanislaus Andrzejewski mit Balken von Sieradz nach Stettin; Rahn 659, Robert Zahn mit Dachpappe von Berlin nach Posen; Rahn 2525, Wilhelm Grüneberg mit Kaufmannsgütern von Magdeburg nach Posen.

Telegraphische Börsenberichte.

Börsen - Course.

Danzig, 31. Mai. Getreide-Börse: Wetter: warm Mit- bezogen. Wind: West.
Weizen loco blieb ganz verschieden mit gestern am heutigen Marke ohne Bedeutung und Kauflust, und sind nur 84 Tonnen, zum Theil auch wohl etwas billiger als gestern zu verkaufen gewesen. Bezahlt ist für Sommer 131 Pfd. 215 M., roth 120 und 128 Pfd. 212 M. hant 126 Pfd. 214 M., hellbunt 127—8 Pfd. 222 M., alt hochbunt 131—2 Pfd. 232 M. per Tonne. Termine billiger, Juni-Juli gestern auch bezahlt mit 216 M., heute 214 M. Br., Juli-August 215 M. bz. August-September, 218 M. Br., 216 M. Gd., Septbr.-Oktbr. 217 217 M. Br., 216 M. Gd. Regulirungspreis 214 M.
Roggen loco nicht gehandelt. Termine niedriger, September-Oktob 166 M. bz. Regulirungspreis 162 M. — Rübren, loco ohne Angebot. Termine September-Oktob 297 M. Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 31. Mai. Wind: S. Barometer: 28. Thermometer: + 20° R. Witterung: heiter.

Weizen loco per 1000 Kilogr. 200-243 nach Dual. gef., gelber per diesen Monat 218,50 bz., Mai-Juni 215-214,50 bz., Juni-Juli 217,50-216,50-217 bz., Sept.-Okt. 219,50-218,50 bz., 219 bz. Roggen loco per 1000 Kilogr. 170-183 nach Dual. gef., russ. 174-179, polnisch 174-179 ab Bahn bz., per diesen Monat 173-174 bz., Mai-Juni 166-165-167 bz., Juni-Juli 163-163,50-163 bz., Juli-August 163-162-163 bz., August-Sept., Sept.-Okt. 165,50-164,50-165,50 bz. Gerste loco per 1000 Kilogr. 153-183 nach Dual. gef. Hafer loco per 1000 Kilogr. 153-198 nach Dual. gef., oft u. meist 170-189, russ. 167-189, schwed. 190-195, pomm. u. meckl. 188-192 ab Bahn bz., per diesen Monat 174 bz., Mai-Juni 169 bz., Juni-Juli 168,50 bz., Juli-August 164 bz., Sept.-Okt. 159 B. Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 193-225 nach Dual., Futterwaare 180-192 nach Dual. Leinöl loco per 100 Kilogr. ohne Faß u. M. Rübböl per 100 Kilo loco ohne Faß 65 bz., mit Faß per diesen Monat 65,4-65,8 bz., Mai-Juni 62-65,7 bz., Juni-Juli 62, Juli-August, Sept.-Okt. 65,1-65,5 bz., Okt.-Nov. — Petroleum (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß loco 27 bz., per diesen Monat —, Sept.-Okt. 26 B. Spiritus per 100 Liter à 100 pSt. = 10,000 pSt. loco ohne Faß 51,5-51,3 bz., ab Speicher —, per diesen Monat —, loco mit Faß per diesen Monat 51,3 bz., Mai-Juni 51,1-50,8-51,6 bz., Juni-Juli 52-51,5-52,2 bz., Aug.-Sept. 52,5-52,2-52,9 bz., Sept.-Okt. 52,2-52,9-52,2 bz. Weizenmehl Nr. 0 25,50-24,50, Nr. 0 u. 1 27,50-26,50 Mf. Roggenmehl Nr. 0 25,50-24,50, Nr. 0 u. 1 23-21,50 per 100 Kilogr. Brutto incl. Sac, per diesen Monat 23 bz., Mai-Juni 22, Juni-

Juli 23-22,90 bz., Juli-August 23-22,90 bz., Aug.-Sept. 23,05-22,95 bz., Sept.-Okt. —.

Breslau, 31. Mai. [Amtlicher Produkten-Bericht.] — Roggen (per 2000 Pfd.) schließt höher, gekühd. 3000 Ctr., per Mai 176 bz., Mai-Juni 157,50-168 bz., Juni-Juli 165,50-67-66 bz., per Juli-August 166 bz., August-Sept. 169 bz., Sept.-Okt. 165-4,50-67 bz. — Weizen 207 B., Sept.-Okt. 212 B., 214 B. — Gerste —. — Hafer 192-93 bz., gek. 1500 Ctr. Juni-Juli —, Sept.-Okt. 156,50-57 bz., Okt.-Novbr. —. — Raps 280 B. — Rübböl ruhiger, gek. 200 Ctr., loco 67 B., per Mai 67 B., Mai-Juni 66,50 bz. u. B., Sept.-Okt. 63,50 bz. — Spiritus matter, gek. 40,000 Liter, loco 50 bz. u. B., 49 G., per Mai und Juni 49,50 B., Juli-August 49,30-50-40 bz., Juli-August 49,80-60 bz. u. G., August-Sept. 50,50 B., Sept.-Okt. 50,50 G. — Zink —. Die Börsen-Kommission. (Br. Hbls.-Bl.)

Stettin, 31. Mai. [Amtlicher Bericht.] Wetter: schön. Therm. + 18° R. Barom. 28.3. Wind: SW.

Weizen matter, pr. 1000 Kilo loco gelber 190-216 M., weißer 200-220 M., Mai-Juni 218 M. Br., Juni-Juli 217,50-216 bis 216,50 M. bez., Juli-August 218,50-219-217 M. bez., u. Gd. Sept.-Okt. 219,50-220-218-218,50 M. bz. — Roggen matter, pr. 1000 Kilo loco inländischer 165-177 M., russischer 158-168 M., pr. Mai-Juni 160,50-161-160 M. bz., pr. Juni-Juli 160-158, 50 M. bez., 159 M. Br. u. Gd., Juli-August 161, Sept.-Okt. 161,50-162,50-161-161,50 M. bez., Okt.-Novbr. 163,50-163 M. bez. — Gerste unverändert, pr. 1000 Kilo loco feine 165-175 M. — Hafer still, pr. 1000 Kilo loco 160-186 M., pr. Mai-Juni 170 M. Br., pr. Sept.-Okt. 162 M. Br. — Erbsen ohne Handel. — Mais unverändert, pr. 1000 Kilo loco 137-140 M. —

Winterribsen wenig verändert, pr. 1000 Kilo Sept.-Okt. 298 M. bez. — Rübböl still, pr. 100 Kilo loco ohne Faß 67,50 M. Br., pr. Mai 66-66,60 M. bz., Mai-Juni 66 M. Br., Sept.-Okt. 64 M. bez. — Spiritus schwächer, pr. 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 52 M. bz., Juni-Juli 51,80-52-51,80 M. bez., Juli-August 52,20-52,70-52,50 M. bez., pr. u. Gd., August-Sept. 52,50-52,70 M. bez., Sept.-Okt. 52,60 M. bez. u. Gd. — Ange-meldet: 400 Ctr. Rübböl. — Regulirungspreis für Rindungen: Weizen 217 M., Roggen 160,50 M., Rübböl 66,25 M., Spiritus 51,90 M. — Petroleum, loco 12,30 M. bz., Regulirungspreis do., September-Okt. 12-11,95 M. bez.

Heutiger Landmarkt per 1000 Kilo: Weizen 196-213 M. Roggen 168-174 M., Gerste 156-168 M., Hafer 180-189 M., Erbsen 183 M., Kartoffeln 42-57 M., Heu 3,50-4 M., Stroh 48-54 M. (Dff. B.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Höhe.	Therm.	Wind.	Wolkensform.
31. Mai	Nachm. 2	27" 10" 14	+ 20° 8	W 2	halbheiter, Cu-st.
31. "	Abnds. 10	27" 9" 56	+ 15° 4	SW 2	bedeckt, Ni. "
1. Juni	Morgs. 6	27" 9" 93	+ 10° 0	WS 2-3	trübe, St.-C-st.

*) Gewitter, Regenmenge: 25,9 Pariser Kubitzoll auf den Quadratzuß.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 30. Mai Mittags 1,28 Meter.
31. " 1,24

Berlin, 31. Mai. Die fremden Plätze hatten gestern und Wien auch heute Morgen den Thronwechsel in der Türkei sehr günstig aufgefakt; nur Petersburg war flau geblieben und hatte weitere Course-berathungen gefandt. Doch erklärte man sich diese Abweichung von der allgemeinen Tendenz dadurch, daß man annahm, der Thronwechsel sei in Petersburg nicht bekannt gewesen. Auch hier hatte die günstige Auffassung der politischen Verhältnisse einer ruhigeren Beurtheilung Platz gemacht, und die Notirungen blieben nicht nur unter den Mel-dungen von außerhalb, sondern gaben auch schnell ziemlich bedeutend nach. Besonders auffällig hatten die londoner Meldungen gewirkt. Türken hoben sich sofort um 2 pSt. und Kredit-Aktien um 6 M. Auch Franzosen und Lombarden wurden besser bezahlt oder vielmehr theu-

rer angeboten; denn die Verkaufslust stand überall im Vordergrund. Schon in der ersten halben Stunde sanken daher Kredit-Aktien von 227 auf 224 M. Auch die übrigen Spielpapiere und die Rheinisch-Westfälischen Bahnen stellten sich kleineren Theilen höher, ohne daß sich größere Lebhaftigkeit in denselben entwickelte. Die Auffassung der po-litischen Lage wurde immer ungünstiger und die Haltung in gleicher Weise immer schwächer. Im Einzelnen war über den Verkehr, welcher nach Verlauf der ersten halben Stunde außerordentlich still wurde, wenig zu berichten. Bahnen lagen fest und ziemlich unverändert. Potsdamer lebte. Rumänencoupons begehrt. Banken und Indu-strie-Werthe ohne Leben. Anlage-Werthe fest, auch österreichisch-un-garische und russische beliebt und nach den starken Herabsetzungen mit

Rückzicht auf die hohen londoner Course reich steigend. Ungar. Staats-eisenbahn, Schagbons und Gdmör Pfandbriefe, Ostbahn und Lombardische Prioritäten, russische Pfandbriefe und in meisten Looseffek-ten höher. Fremde Renten begehrt und besser bezahlt. Fremde Wech-sel still. Geld flüssig und ohne Frage. — Die zweite Stunde verlief bei geringen Schwankungen ziemlich fest. Per Juni notiren wir: Franzosen 430-27,50-29. Lombarden 129-28-130. Kredit-Aktien 217-4,50-226,50. Diskonto-Kommandit-Anteile 107-7,75-8,75-8,50. Reichsbank 152,75. Laurahütte 56,50-7,25. Antwerpener Zen-tralbank gewann 1½, Geraer Credit ½, Tarnowiger 1½. — Der Schluß war fester.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 31. Mai 1876.

Preussische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4 1/2	104,50 bz
Staats-Anleihe	4	99,75 bz
Staats-Schuld.	3 1/2	99,75 bz
Kur- u. Rm. Sch.	3 1/2	91,90 bz
Ob.-Schuld.-Dbl.	4 1/2	101,25 bz
Berl. Stadt-Dbl.	4 1/2	102,60 bz
do. do.	3 1/2	93,25 bz
Östn. Stadt-Anl.	4 1/2	102,10 G
Rheinprovinz do.	4 1/2	102,00 G
Schuld. d. B. Rfm.	5	101,10 bz
Pfandbriefe:		
Berliner	4 1/2	101,90 bz
do.	5	106,50 bz
Landf. Central	4	96,10 bz
Kur- u. Rm. Markt	3 1/2	85,75 G
do. neue	3 1/2	85,00 B
do. do.	4	95,60 bz
do. neue	4 1/2	103 G
N. Brandbg. Cred.	3 1/2	85,80 G
Östpreussische	4	95,90 G
do.	4 1/2	102,60 G
Pommersche	3 1/2	84,70 G
do.	4	95,80 bz
do.	4 1/2	102,90 bz
Posenische, neue	4	94,90 bz
Schlesische	4	95,50 G
Schlesische	3 1/2	86,00 G
do. alte A. u. C.	4	
do. A. u. C.	4	
Westpr. Ritterf.	3 1/2	84,75 G
do.	4	96,10 G
do.	4 1/2	101,50 G
do. II. Serie	5	106,90 bz
do. neue	4 1/2	97,00 G
do.	4 1/2	101,40 B
Rentenbriefe:		
Kur- u. Rm. Markt	4	97,50 bz
Pommersche	4	97,90 bz
Posenische	4	96,80 bz
Preussische	4	97,00 bz
Rhein- u. Westf.	4	98,10 bz
Schlesische	4	98,70 B
Schlesische	4	97,50 B
Souvereigns		20,39 G
Napoleonsgld.		16,28 bz
do. 500 Gr.		
Dollars		4,13 G
Imperial		
do. 500 Gr.		
Fremde Banknot.		99,83 G
do. einlösb. Leipz.		
Franzöf. Banknot.		81,15 bz
Deut. Banknot.		168,95 bz
do. Silbergulden		173,75 bz
do. 1/2 Stück		
Russ. Noten		267,40 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rzf. 1881	6	104,25 G
do. do. 1885	6	99,80 bz
do. Bds (fund.)	5	101,90 bz
Norweg. Anl.	4 1/2	96,90 B
New-Yrk. Sid.-A.	7	102,40 G
do. Goldanl.	6	101,30 bz
New Jersev	7	94 bz B
Deft. Pap.-Rente	4 1/2	55,25 bz B
do. Silb.-Rente	4 1/2	57,50 bz B
do. 250 fl. 1854	4	94,00 bz B
do. Gr. 100 fl. 1858	—	306,00 bz B
do. Rott. A. v. 1860	5	97,75 bz B
do. do. v. 1864	—	265,00 bz B
Ang. St.-Gld.-A.	5	65,00 G
do. Rente	—	141,50 G
do. Schatzf. 1	6	80,50 G
do. do. kleine	6	81,75 G
do. do. II. 5	78,25 G	
Italienische Rente	5	70,80 G
do. Tabak-Dbl	6	101,10 G
do. do. Actien	6	503,00 G
Rumänier	8	91,25 G
Finische Rente	4	38,90 B
Russ. Centr. Bod.	5	87,10 G
do. Engl. A. 1822	5	95,25 bz
do. do. v. 1862	5	95,25 bz
Stuss. Engl. Anl.	3	100,00 B
Russ. fund. A. 1870	5	94,80 bz
Russ. conf. A. 1871	5	94,80 bz
do. do. 1872	5	94,80 bz
do. do. 1873	5	94,80 bz
do. Bod. Credit	5	84,40 bz
do. Pr. A. v. 1864	5	179,00 bz
do. do. v. 1866	5	175,00 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	82,00 G
do. 6. do. do.	5	
do. Pol.-Sch.-D.	4	82,90 bz
do. do. kleine	4	82,50 bz G
Poin. Pdb. III. G.	4	
do. do.	5	76,70 bz G
do. Liquidat.	4	68,00 bz
Türk. Anl. v. 1865	5	12,50 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Rente vollgez.	3	38,00 bz B

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 E.	101,50 G
do. 109 fl. 1 M.	
London 1 Efr. 3 E.	49,75 G
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 3 E.	15,75 G
Blg. Bkpl. 100 fl. 8 E.	
do. do. 100 fl. 8 E.	
Wien öst. Währ. 3 E.	168,50 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	167,40 bz
Petersb. 100 R. 3 M.	265,80 bz
do. 100 Rub. 3 M.	262,60 bz
Warschau 100 R. 8 E.	266,40 bz

Industrie-Aktien.

Brauerei Pilsener	4	101,50 G
Dannenberg Rattun	4	17,25 bz
Deutsche Bauges.	4	49,75 G
Deutsche Eisenb.-Ban.	4	15,75 G
Dtsch. Stahl u. Eisen	4	
Donnersmarchhütte	4	20,50 B
Dortmunder Union	4	6,00 G
Egloff'sche Masch. Act.	4	15,50 G
Erdbmannsb. Spinn.	4	22,50 G
Flora f. Charlottenb.	4	13,50 G
Krist u. Rohn. Nähm.	4	41,00 G
Gelsenkirch. Bergw.	4	100,25 G
Georg. Marienhütte	4	64,00 G
Gibernia u. Schamr.	4	30,00 G
Immobilien (Berl.)	4	80,10 B
Kramsta, Keinen f.	4	
Rauchhammer	4	17,50 G
Rauhaütte	4	56,75 G
Ruise Tiefbau-Bergw.	4	19,00 G
Magdeburg. Bergw.	4	102,90 B
do. Spiritfabrik	4	21,00 G
Marienhütte Bergw.	4	63,50 G
Massener Bergwerk	4	20,00 B
Menden u. Schw. B.	4	49,00 G
Oberf. Eis.-Bed.	4	
Ostend	4	13,00 B
Phönix B.-A. Lit. A.	4	57,10 G

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	22,30 bz
Altona-Kiel	4	119,40 bz
Bergisch-Märkische	4	84,25 bz
Berlin-Anhalt	4	107,50 bz
Berlin-Dresden	5	24,80 bz
Berlin-Görlitz	4	40,00 bz
Berlin-Hamburg	4	178,00 G
Berliner Nordbahn	fr.	
Brl.-Potsd. Magdeb.	4	89,00 bz
Berlin-Stettin	4	119,00 G
Bresl. Schw.-Freibrg.	4	78,00 G
Cöln-Minden	4	101,50 G
do. Litt. B.	5	100,50 G
Halle-Sorau-Guben	4	11,90 B
Hann.-Altenb.	4	16,40 bz
do. II. Serie	4	
Märkisch-Posener	4	22,00 bz
Magb.-Halberstadt	4	38,00 G
Magdeburg-Leipzig	4	238,50 G
do. do. Litt. B.	4	96,90 bz
Münster-Hamm	4	
Niederschles.-Märkisch	4	98,25 B
Nordhausen-Erfurt	4	33,00 G
Oberf. Litt. A. u. O.	3 1/2	139,00 G
do. Litt. B.	3 1/2	128,50 G
do. Litt. E.	3 1/2	
Ostpreuss. Südbahn	4	27,00 G
Pomm. Centralbahn	fr.	
Rechte Dder. Uferbahn	4	103,20 bz
Rheinische	4	117,10 G
do. Litt. B. v. St. gar.	4	93,75 G
Rhein-Nahabahn	4	14,50 G
Stargard-Posen	4	101,40 bz
Thüringische	4	119,90 G
do. Litt. B. v. St. gar.	4	90,40 bz
do. Litt. O. v. St. gar.	4	100,25 bz
Weimar-Geraer	4	56,00 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4 1/2	91,00 B
do. do. II. 5	97,75 B	
do. do. III. 5		
Berg.-Märkische	1 1/2	100,00 B
do. do. II. 4 1/2	109,00 B	
do. III. v. St. g.	3 1/2	85,50 G
do. do. Litt. B.	3 1/2	85,50 G
do. do. Litt. C.	3 1/2	77,50 G
do. do. IV. 4 1/2	100,00 B	
do. do. V. 4 1/2	98,40 B	
do. do. VI. 4 1/2	98,50 B	
do. do. VII. 5	102,75 B	
Aachen-Düsseldorf	1 1/2	90,50 G
do. do. II. 4 1/2		
do. do. III. 4 1/2		
do. do. IV. 4 1/2		
do. do. V. 4 1/2		
do. do. VI. 4 1/2		
do. do. VII. 4 1/2		
do. do. VIII. 4 1/2		
do. do. IX. 4 1/2		
do. do. X. 4 1/2		
do. do. XI. 4 1/2		
do. do. XII. 4 1/2		
do. do. XIII. 4 1/2		
do. do. XIV. 4 1/2		
do. do. XV. 4 1/2		
do. do. XVI. 4 1/2		
do. do. XVII. 4 1/2		
do. do. XVIII. 4 1/2		
do. do. XIX. 4 1/2		
do. do. XX. 4 1/2		
do. do. XXI. 4 1/2		
do. do. XXII. 4 1/2		
do. do. XXIII. 4 1/2		
do. do. XXIV. 4 1/2		
do. do. XXV. 4 1/2		
do. do. XXVI. 4 1/2		
do. do. XXVII. 4 1/2		
do. do. XXVIII. 4 1/2		
do. do. XXIX. 4 1/2		
do. do. XXX. 4 1/2		

Ausländische Prioritäten.

do.	D	4	
do.	E	3 $\frac{1}{2}$	86,00 B
do.	F	4 $\frac{1}{2}$	101,25 B
do.	G	4 $\frac{1}{2}$	
do.	H	4 $\frac{1}{2}$	101,80 B $\frac{1}{2}$ G
do.	v. 1863	5	104,70 B
do.	v. 1873	4	91,10 G
Dberischlesf.	v. 1874	4 $\frac{1}{2}$	98,50 B
do. Brieg-Neisse		4 $\frac{1}{2}$	97,50 G
do. Gof.-Derb.		4	
do.	do.	5	104,00 G
do. Niedsch. Zwgb.		3 $\frac{1}{2}$	
do. Starg. Pof.		4	
do.	do.	11	99,50 G
do.	do.	11 $\frac{1}{2}$	99,50 G
Dpreuß. Südbahn		5	101,50 G
do.	Litt. B.	5	
do.	Litt. C.	5	
Rechte-Dder-Ufer		4	103,80 B $\frac{1}{2}$ G
Rheinische		4	93,00 B $\frac{1}{2}$ G
do.	v. St. gar.	3 $\frac{1}{2}$	
do.	von 1858,	60	4 $\frac{1}{2}$
do.	von 1862,	64	4 $\frac{1}{2}$
do.	v. 1865	4 $\frac{1}{2}$	99,90 G
do.	1869, 71,	73	5
do.	v. 1874	5	103,20 B $\frac{1}{2}$ G
Rh.-Nahe. v. St. g.		4 $\frac{1}{2}$	102,50 B
do.	do.	4 $\frac{1}{2}$	102,50 B
Schlesw.-Holstein.		4 $\frac{1}{2}$	99,75 B
Thüringer		1	4
do.	do.	11	4 $\frac{1}{2}$
do.	do.	11 $\frac{1}{2}$	4
do.	V.	4 $\frac{1}{2}$	99,50 B
do.	VI.	4 $\frac{1}{2}$	99,40 G

Ausländische Prioritäten.			
Elisabeth-Westbahn	5	69,00	G
Gal. Karl-Ludwig	1,5	81,30	G
do. do.	1,5	78,10	G
do. do.	1,5	75,10	G
do. do.	1,5	73,20	G
Lemberg-Gzernow.	1,5	63,30	B $\frac{1}{2}$ G
do. do.	1,5	63,30	B $\frac{1}{2}$ G
do. do.	1,5	54,70	B $\frac{1}{2}$
do. do.	1,5	51,50	B $\frac{1}{2}$
Mähr.-Schles. Efrb. fr.	1,5	18,50	G
Mähr.-Ludwigshafen	5	103,00	B $\frac{1}{2}$ A
do. do.	4 $\frac{1}{2}$		
Defterr.-Franz. Stb.	3	317,00	G
do. Ergänzungen	3	301,00	B $\frac{1}{2}$ G
Defterr.-Franz. Stb.	5	95,70	G
do. do.	11	95,70	G
Defterr. Nordwestb.	5	70,40	G
Deft. Nordwestb. Litt. B.	5	58,20	B $\frac{1}{2}$ G
do. Goldpriorität.	5		
Kronpr. Rud.-Bahn	5	65,00	G
do. do.	1869	5	63,30
do. do.	1872	5	61,60
Rab.-Graz-Pr.-A.	4	69,40	B $\frac{1}{2}$ G
Reichenb. Pardubitz.	3	70,10	G
Südböfterr. (Comb.)	5	226,50	B $\frac{1}{2}$
do. do.	neue	3	225,50
do. do.	1875	6	
do. do.	1876	6	101,00
do. do.	1877	6	102,00
do. do.	1878	6	103,00
do. do.	Oblig.	5	73,00
Baltische, gar.	5	86,50	B $\frac{1}{2}$
Brest-Grajewo	5	70,50	B $\frac{1}{2}$ G
Charkow-Afow. g.	5	94,00	G
Charkow-Afow. g.	5		
Charkow-Kremench.	5	94,50	B
Selez Drel, gar.	5	93,50	B $\frac{1}{2}$
Selez-Woron, gar.	5	95,00	G
Roslow-Woron.	5	94,75	G
Roslow-Woron.Obl.	5	82,00	B $\frac{1}{2}$
Rurft. Chart, gar.	5	94,40	B $\frac{1}{2}$
R. Chart.-Af. (Obl.)	5	89,50	B $\frac{1}{2}$
Rurft.-Kiew, gar.	5	95,10	B $\frac{1}{2}$
Rofow-Gewart	5	90,00	B $\frac{1}{2}$
Mosco-Majan, g.	5	100,00	B
Mofk.-Smolensk	5	95,00	G
Schjaja Ivanow	5	94,50	B $\frac{1}{2}$
Warfchau Terefp.	5	94,00	G
do.	kleine	5	94,00
Warfchau-Wien	11,5	94,75	B
do.	111	92,50	B
do.	114	85,00	B $\frac{1}{2}$
Zardkoer-Selo	5	84,50	B $\frac{1}{2}$ G